



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

motra
Monitoringsystem und
Transferplattform Radikalisierung

Forschungsbericht No. 13

Menschen in Deutschland: International (MiDInt)

Untersuchungsdesign, Stichprobe,
Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 5
(Oktober 2023)

Janosch Kleinschnittger, Peter Wetzels, Thomas Richter,
Katrin Brettfeld & Diego Farren



Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg

FAKULTÄT
FÜR RECHTSWISSENSCHAFT

„Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) ist ein Kooperationsprojekt des German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg und des Instituts für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH). MiDInt wird innerhalb des bundesweiten Forschungsverbundes MOTRA durchgeführt, der durch Zuwendungen des BMBF und des BMI gefördert wird.

MiDInt

Menschen in Deutschland: International

motra
Monitoringssystem und
Transferplattform Radikalisierung

Gefördert durch:



Hamburg, Dezember 2023

<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.13945>

© 2023 by the authors. All rights reserved

Universität Hamburg
Fakultät für Rechtswissenschaft

Institut für Kriminologie
Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg

German Institute for Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

Institut für Nahost-Studien
Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg



Photo by UHH/RRZ/Mentz



Photo by GIGA

Inhaltsverzeichnis

1	DIE STUDIE „MENSCHEN IN DEUTSCHLAND: INTERNATIONAL“ (MIDINT) IM KONTEXT DES MOTRA-FORSCHUNGSVERBUNDES.....	1
2	DIE ERHEBUNG MIDINT - WELLE 5 (OKTOBER 2023) IM KURZÜBERBLICK	2
3	ERHEBUNGSDESIGN UND STICHPROBE	3
3.1	DURCHFÜHRUNG DER FELDPHASE UND QUALITÄTSKONTROLLEN.....	3
3.2	MERKMALE DER ERREICHTEN ANALYSESTICHPROBE.....	4
4	DAS ERHEBUNGSINSTRUMENT	8
4.1	EREIGNISBEZOGENE KONSTRUKTE UND MESSINSTRUMENTE: WAHRNEHMUNG UND BEWERTUNG INTERNATIONAL RELEVANTER GESCHEHNISSE	9
4.2	ZENTRALE ABHÄNGIGE VARIABLEN DES MONITORINGS IM TRENDDESIGN.....	11
4.2.1	AUTOKRATIEAKZEPTANZ UND NATIONALISMUS SOWIE EINSTELLUNGEN ZU DEMOKRATIE	11
4.2.2	BEWERTUNG VON ZIVILEM UNGEHORSAM UND NORMVERLETZUNGEN ALS PROTESTFORMEN.....	12
4.2.3	AKZEPTANZ POLITISCH MOTIVierter PHYSISCHER GEWALT	12
4.2.4	INTOLERANZ IN FORM DER ABLEHNUNG VON FREMDGRUPPEN UND MINDERHEITEN.....	12
4.3	EINFLUSSFAKTOREN AUF SOZIALER UND INDIVIDUELLER EBENE	13
4.4	SURVEY-EXPERIMENT ZUM EINFLUSS DES GAZA-KRIEGES AUF KRIEGSANGST UND AUTOKRATIEAKZEPTANZ BEI MENSCHEN IN DEUTSCHLAND	14
5	KONSTRUKTE UND ZU DEREN MESSUNG IN DER FÜNFTEN WELLE VON MIDINT VERWENDETE ITEMS IM ÜBERBLICK	19
	LITERATUR	24
	ANHANG: FRAGEBOGEN	I
	ANHANG: CODEBUCH.....	XIX

Menschen in Deutschland: International (MiDInt) Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 5 (Oktober 2023)

Janosch Kleinschnittger, Peter Wetzels, Thomas Richter,
Katrin Brettfeld & Diego Farren

1 Die Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) im Kontext des MOTRA-Forschungsverbundes

Der Forschungsverbund MOTRA (Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung) ist ein Spitzenforschungscluster, in dem sich neun verschiedene Forschungseinrichtungen, die in fünf Städten in Deutschland verortet sind, in einem interdisziplinären und multimethodalen Zugang der Analyse von Radikalisierungsprozessen und der Verbreitung politisch-extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen in ihren verschiedenen Erscheinungsformen sowie deren Folgen in Deutschland widmen. Weitere Informationen zu MOTRA sind unter www.motra.info auf der zentralen Homepage des Forschungsverbundes sowie an der Universität Hamburg unter www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/motra.html verfügbar.

Das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) führt als Teil dieses MOTRA-Forschungsverbundes drei aufeinander abgestimmte Studien durch, innerhalb derer regelmäßig wiederholte, deutschlandweit repräsentative, standardisierte Befragungen zur Erhebung verschiedener Formen politisch-extremistischer Einstellungen und Radikalisierung stattfinden. Ziel ist es, das Ausmaß der Verbreitung und die soziale Verteilung politisch-extremistischer Einstellungen differenziert zu beschreiben, diesbezüglich maßgebliche Einflussfaktoren und Ursachen zu untersuchen und mögliche Veränderungen im Zeitverlauf zu analysieren.

Ergänzend zu den beiden Hauptbefragungen „*Menschen in Deutschland*“ (MiD) (vgl. dazu Brettfeld et al. 2021; Endtricht et al. 2022; Fischer et al. 2023; Wetzels et al. 2023d) und „*Junge Menschen in Deutschland*“ (JuMiD; vgl. Farren et al. 2022), in denen große repräsentative Stichproben der gemeldeten Wohnbevölkerung auf Basis von Einwohnermeldeamtsdaten gezogen und in standardisierter Form befragt werden, basiert die Studie „*Menschen in Deutschland: International*“ (MiDInt), auf Befragungen quotierter Stichproben eines großen Online-Access-Panels.

In dieser dritten Studie wird inhaltlich ein besonderer Schwerpunkt auf internationale Ereignisse, Entwicklungen und Krisen gelegt, deren Ausstrahlungswirkungen auf politische Einstellungen und Radikalisierungsprozesse in Deutschland in den Blick genommen werden (vgl. dazu u.a. Brettfeld et al. 2023a, 2023c; Richter et al. 2022, 2023b, 2023c; Wetzels et al. 2023a, 2023b).

Im Unterschied zu den Erhebungen in der MiD-Studie, die jährlich wiederholt werden, und den Befragungen der JuMiD-Studie, die alle zwei Jahre stattfinden, werden die Online-Befragungen im Rahmen von MiDInt in wesentlich kürzeren Zeitintervallen mehrfach jährlich wiederholt. Dies geschieht, um kurzfristig auf politische Veränderungen und markante gesellschaftlich relevante Ereignisse flexibel reagieren und deren mögliche

Auswirkungen auf Ebene der politischen Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung untersuchen zu können.

MiDInt wird als Kooperationsprojekt innerhalb des MOTRA-Verbundes von der UHH gemeinsam mit dem Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA) gestaltet und durchgeführt. Bisher wurden vier Erhebungswellen realisiert: Die erste Welle fand im November 2022 statt (vgl. Brettfeld et al. 2023b), die zweite im Februar 2023 (vgl. Kleinschnittger et al. 2023a), die dritte im April/Mai 2023 (vgl. Richter et al. 2023a) und die vierte im Juli/August 2023 (vgl. Wetzels et al. 2023c).

Dieser engmaschige Erhebungsrhythmus von 2-3 Monaten ermöglicht nicht nur neue politische Geschehen auf nationaler und internationale Ebene wesentlich zeitnaher zu thematisieren als das bei einem ein- oder zweijährigen Erhebungsrhythmus, wie bei MiD und JuMiD, möglich ist. Längerfristig bietet ein solches Design zudem die Option, differenziertere, auf eine größere Zahl von Erhebungszeiträumen und -punkten gestützte Trendanalysen zu politischen Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland mit Blick auf die hier im Mittelpunkt stehenden zentralen abhängigen Variablen durchführen und diese in Bezug zu nationalen und internationalen sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklungen sowie politisch besonders bedeutsamen Ereignissen setzen zu können.

In methodischer Hinsicht eröffnen die schnell realisierbaren Befragungen im Rahmen von MiDInt zusätzlich auch noch die Option der Validierung und kontinuierliche Optimierung der in den MiD und JuMiD-Studien verwendeten Erhebungsinstrumente.

Der vorliegende Forschungsbericht beschreibt für die fünfte Welle von MiDInt, die im Oktober 2023 stattfand, das Erhebungsdesign, die erreichte Stichprobe, die erhobenen Konstrukte und die dazu verwendeten Messinstrumente. Im Anhang findet sich das Erhebungsinstrument im Wortlaut sowie das Codebuch zum Datensatz, dem die Bezeichnungen der Variablen, deren Inhalt und Codierung entnommen werden können.

2 Die Erhebung MiDInt - Welle 5 (Oktober 2023) im Kurzüberblick

Art der Untersuchung	Bundesweite Online-Befragung einer nach soziodemographischen Merkmalen geschichteten, approximativ repräsentativen Stichprobe der erwachsenen Wohnbevölkerung
Marktforschungsinstitut	Bilendi S.A.
Erhebungszeitraum	23. Oktober bis 1. November 2023
Grundgesamtheit	Deutsche Wohnbevölkerung zwischen 18 und 69 Jahren
Zielgrößen	Brutto N=2 750 Befragte ab 18 Jahre
Auswahlverfahren	Quotenstichprobe von Personen ab 18 Jahren aus einem Online-Access-Panel. Die Stichprobe wird entsprechend den Verhältnissen in der Gesamtbevölkerung nach Alter, Geschlecht, Bildung und Wohngebiet (West/Ost) geschichtet.
Erhebungsmethode	Standardisierte Online-Befragung
Erhebungssprache	Deutsch
Befragungsdauer	Mittelwert: 20 Minuten 7 Sekunden; Median: 15 Minuten 2 Sekunden
Realisierte Stichprobe	N=2 462 verwertbare Fälle

3 Erhebungsdesign und Stichprobe

Die Studie MiDInt ist eine standardisierte Online-Befragung einer umfangreichen Stichprobe in Deutschland lebender, erwachsener Personen zwischen 18 und 69 Jahren. Die Grundgesamtheit für die Stichprobenziehung im Rahmen von MiDInt besteht aus den Mitgliedern des deutschen Online-Access-Panels des Marktforschungsinstitutes Bilendi S.A., das zum Zeitpunkt der Durchführung der Feldphase zu dieser fünften Welle von MiDInt rund 300 000 in Deutschland lebende Personen ab 16 Jahren umfasst. Die Stichprobenziehung erfolgt in allen Wellen von MiDInt stets in gleicher Weise in Form einer geschichteten Zufallsziehung.

Das hier zur Stichprobenziehung eingesetzte Online-Access-Panel weicht zwar als Ganzes im Hinblick auf verschiedene soziodemographische Parameter von der Grundgesamtheit der Bevölkerung in Deutschland ab. So sind etwa mit 60.3% Frauen in diesem Panel überrepräsentiert. Auch jüngere Altersgruppen sind häufiger vertreten, als in der deutschen Gesamtbevölkerung (Personen unter 50 Jahren: 68.2%, Personen über 50 Jahren: 31.8%). Durch eine gezielte Quotierung bei der Stichprobenziehung - die auf Basis der Verteilung von Alter, Geschlecht, Bildung und Wohnregion (Ost/West) in der Grundgesamtheit der Wohnbevölkerung in Deutschland zwischen 18 und 69 Jahren erfolgt - können diese Verzerrungen jedoch kompensiert werden. Aufgrund der Größe des Online-Access-Panels kann über eine solche Quotierung sichergestellt werden, dass daraus gezogene Stichproben im Hinblick auf zentrale soziodemographische Merkmale weitgehend den Verhältnissen entsprechen, wie sie auch in der Grundgesamtheit der altersgleichen Bevölkerung (18-69 Jahre) anzutreffen sind. Insoweit können diese Stichproben als *annähernd repräsentativ* bezeichnet werden.

3.1 Durchführung der Feldphase und Qualitätskontrollen

Als Zielgröße wurde für die fünfte Welle von MiDInt eine Netto-Stichprobengröße verwertbarer Befragungen von $N=2\,500$ Personen geplant. Unter Berücksichtigung von Erfahrungswerten aus den bisherigen Erhebungswellen mit Blick auf die erwartbare Größenordnung nicht verwertbarer Fälle (vgl. Brettfeld et al. 2023b; Kleinschnittger et al. 2023a; Richter et al. 2023a; Wetzels et al. 2023c; s.a. Fischer & Farren 2023) wurde zur Realisierung dieser Zielgröße ein Brutto-Stichprobenansatz von $N=2\,750$ für erforderlich erachtet und dementsprechend festgelegt.

Für die Stichprobenziehung wurde eine Schichtung der Stichprobe der Zielpersonen im Hinblick auf Alter, Geschlecht, Bildung und Ost-West-Verteilung anhand von Referenzwerten des Statistischen Bundesamts für die Bevölkerung im Alter von 18 bis 69 Jahren vorgenommen. Die Altersbeschränkung nach oben erfolgte, weil in dem Online-Access-Panel ältere Personen von 70 Jahren an aufwärts nicht mehr in hinreichender Anzahl, entsprechend ihren Bevölkerungsanteilen, enthalten sind.

Von den 300 000 Mitgliedern des Online-Access-Panels wurden zunächst insgesamt $n=29\,482$ potentielle Zielpersonen - unter Beachtung der vorgegebenen Quotierungen - per Zufall bestimmt. Diese wurden per E-Mail angeschrieben und um Teilnahme gebeten. Ab Beginn der Feldphase konnten die angeschriebenen Zielpersonen über einen ihnen zur Verfügung gestellten Link online an der Befragung teilnehmen. Die Befragung erfolgte ausschließlich in deutscher Sprache. Das Erhebungsinstrument wurde durch das Forschungsteam der UHH und des GIGA über die Plattform LimeSurvey programmiert.

Die Rückläufe der ausgefüllten Fragebögen wurden mit Blick auf die Quotierungsvorgaben hinsichtlich Alter, Geschlecht, Bildung und regionale Herkunft mehrfach täglich kontrolliert. Sobald die für die Quotierungsvariablen bestimmten Zielzahlen erreicht waren, wurden keine weiteren Personen mit dem betreffenden Merkmal mehr in die Befragung aufgenommen. Bei Personen, die sich danach noch zu beteiligen versuchten, erfolgte ein Hinweis, dass eine Teilnahme nicht mehr möglich ist.

Die Feldphase begann am 23. Oktober 2023. Am 01.11.2023 wurde die Erhebung beendet, nachdem alle Zielzahlen in den verschiedenen Quotierungsvariablen erreicht waren. Zu diesem Zeitpunkt hatten insgesamt n=2 750 Personen an der Befragung teilgenommen.

Daran anschließend wurden im Rahmen der Datenaufbereitung und -prüfung zunächst jene Fälle ausgesondert, bei denen die Dauer der Bearbeitungszeit eindeutig darauf hinwies, dass die Fragen nicht richtig gelesen worden sein konnten (sog. „Superspeeder“). Neben Personen, die sich zu schnell durch den Fragebogen geklickt hatten, ohne hinreichend Zeit zum Lesen aufzuwenden, wurden auch solche Fälle aus dem Datensatz entfernt, in denen in Itembatterien mit wechselnder Ausrichtung der Items ausschließlich gerade heruntergekreuzt worden war (sog. „Straightliner“).

Diese Qualitätskontrollen seitens der Teams der UHH und des GIGA führten zu einer Reduzierung des Bruttodatensatzes um insgesamt n=288 Fälle. Der finale bereinigte Datensatz der Analytestichprobe umfasst danach insgesamt n=2 462 verwertbare Fälle.

3.2 Merkmale der erreichten Analytestichprobe

Im Folgenden wird die Analytestichprobe der verwertbaren Fälle mit der Grundgesamtheit der deutschen Wohnbevölkerung zwischen 18 und 69 Jahren im Hinblick auf die Verteilung relevanter soziodemografischer Merkmale verglichen. Insofern können anschließend Aussagen über die Verallgemeinerungsfähigkeit von auf Basis der Stichprobe gezogenen Schlussfolgerungen getroffen und die Repräsentativität der Analytestichprobe eingeschätzt werden.

Im Hinblick auf die regionale Verteilung zwischen West- und Ostdeutschland sowie über die einzelnen Bundesländer kommt die Verteilung in der Analytestichprobe den Verhältnissen in der bundesdeutschen Wohnbevölkerung sehr nahe.

Tabelle 1: Verteilung der Stichprobe nach Region (Wohnort Ost/West) sowie Referenzwerte für Deutschland

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Ost-West-Verteilung			
Westdeutschland	2 014	81.8	80.6
Ostdeutschland (einschl. Berlin)	448	18.2	19.4

Anmerkung: Quelle der Referenzwerte: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2022

Für die Ost-West-Verteilung ergeben sich Unterschiede von nur 1.2 Prozentpunkten: 81.8% der Befragten stammen aus westdeutschen und 18.2% aus ostdeutschen Bundesländern (einschließlich Berlin).

Im Hinblick auf die einzelnen Bundesländer finden sich ebenfalls nur geringe Differenzen zwischen der Stichprobe und der Verteilung der deutschen Wohnbevölkerung. Die westlichen Flächenländer Niedersachsen und Baden-Württemberg sowie Hessen sind um -0.7 bis -1.1 Prozentpunkte geringfügig unterrepräsentiert. Einige andere westdeutsche Bundesländer sind in der Stichprobe hingegen etwas überrepräsentiert. Dazu gehören Schleswig-Holstein (+1.1 Prozentpunkte), Bayern (+1.0 Prozentpunkte) und der Stadtstaat Hamburg (+0.8 Prozentpunkte). Die Abweichungen bei den übrigen Bundesländern liegen zwischen 0 und +/- 0.5 Prozentpunkten. Sie befinden sich damit alle in einem gut tolerablen Bereich. Gleichwohl sollten mit diesen Daten keine differenzierteren Auswertungen für einzelne Bundesländer vorgenommen werden. Dies wäre bei kleineren Bundesländern aufgrund der geringen Fallzahlen recht fehleranfällig.

Tabelle 2: Verteilung der Stichprobe nach Bundesland sowie Referenzwerte für Deutschland

Bundesland	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Schleswig-Holstein	114	4.6	3.5
Hamburg	74	3.0	2.2
Niedersachsen	220	8.9	9.6
Bremen	19	0.8	0.8
Nordrhein-Westfalen	529	21.5	21.5
Hessen	160	6.5	7.6
Rheinland-Pfalz	142	5.8	4.9
Baden-Württemberg	306	12.4	13.4
Bayern	414	16.8	15.8
Saarland	36	1.5	1.2
Berlin	96	3.9	4.4
Brandenburg	63	2.6	3.0
Mecklenburg-Vorpommern	34	1.4	1.9
Sachsen	119	4.8	4.8
Sachsen-Anhalt	75	3.0	2.6
Thüringen	61	2.5	2.5

Anmerkung: Quelle der Referenzwerte: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2022

Auch die Verteilung der Befragten nach Wohnortgröße (vgl. Tabelle 3) entspricht den Referenzwerten für die Gesamtbevölkerung recht gut: Befragte, die in einem Ort mit weniger als 100 000 Einwohnern leben, machen 65.7% der Stichprobe aus. Diese Rate weicht nur um -2.2 Prozentpunkte von den Daten des Statistischen Bundesamtes ab. Im Gegenzug sind Befragte aus Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern mit + 0.8 Prozentpunkten leicht überrepräsentiert. Solche leichten Überrepräsentationen der Bewohner von Großstädten sind in standardisierten Befragungen häufig anzutreffen. Unterschiede zu früheren Erhebungen im Rahmen von MiDInt bestehen insoweit nicht, so dass Trendaussagen davon nicht beeinträchtigt werden.

Tabelle 3: Verteilung der Stichprobe nach Größe des Wohnortes sowie Referenzwerte für Deutschland

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Ortsgröße			
< 100 000 EW	1 614	65.7	67.9
100 001 bis 499 999 EW	406	16.5	15.2
> 500 000 EW	435	17.7	16.9

Anmerkung: Quelle der Referenzwerte: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Verteilung der Haushaltsmitglieder nach Gemeindegrößenklasse, Stand: 2019

Die Variablen Alter und Geschlecht waren bereits Bestandteil der vorab vorgenommenen Quotierungen. In der Stichprobe weicht der Anteil weiblicher (51.3%) und männlicher Befragter (48.7%) nur um 1.6 Prozentpunkte von den Verhältnissen in der altersgleichen Gesamtbevölkerung ab.¹ Diese Differenz liegt in einem gut tolerablen Bereich.

Tabelle 4: Verteilung der Stichprobe nach Alter, Geschlecht und Bildung sowie Referenzwerte für Deutschland

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Geschlecht			
Weiblich	1 263	51.3	49.7
Männlich	1 196	48.7	50.3
Alter			
18 bis 29 Jahre	452	18.4	19.7
30 bis 39 Jahre	446	18.1	19.6
40 bis 49 Jahre	435	17.7	18.0
50 bis 59 Jahre	597	24.3	22.7
60 bis 69 Jahre	531	21.6	20.0
Bildungsstand			
Haupt-/Volksschule bzw. kein Abschluss	842	34.2	33.9
Mittlere Reife	768	31.2	31.2
Fachhochschul o.-Hochschulreife	852	34.6	34.8

Anmerkung: Die Referenzwerte für das Geschlecht und die Altersgruppen beziehen sich auf die Gesamtbevölkerung zwischen 18 und 69 Jahren. Quelle: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2022. Angabe „divers“ (n=3) sowohl Befragte über 69 Jahre (n=1) wurden hier nicht einbezogen.
Die Referenzwerte für den Bildungsstand berücksichtigen nicht diejenigen, die noch in schulischer Ausbildung sind. Quelle: Statistisches Bundesamt (2020a)

Die Altersverteilung der Stichprobe entspricht gleichfalls den Verhältnissen, wie sie in der Gesamtbevölkerung bei den 18- bis 69-Jährigen anzutreffen ist. In den Altersgruppen 50 bis 59 Jahre sowie 60 bis 69 Jahre finden sich in der Stichprobe mit +1.6 Prozentpunkten geringe Abweichungen von den Verteilungen in der Gesamtbevölkerung, sodass diese Altersgruppen leicht überrepräsentiert sind. Komplementär dazu sind die Anteile jüngerer Menschen unter den Befragten etwas geringer als in der Gesamtbevölkerung (-0.7

¹ Zu beachten ist hier, dass die amtlichen Referenzdaten noch keine Angaben zum Anteil von Personen mit diversem Geschlecht enthalten. Insofern wurden zur Bestimmung der Passung der Befragungsdaten mit den Referenzdaten auch nur jene Befragte berücksichtigt, die als Geschlecht männlich oder weiblich angaben. Nicht berücksichtigt wurden damit n=3 Personen, die als Geschlecht divers angaben.

Prozentpunkte Differenz in der Altersgruppe 18 bis 29 Jahre und -1.5 Prozentpunkte in der Altersgruppe 30 bis 39 Jahre). In der Gruppe der 40- bis 49-Jährigen weicht die Stichprobe lediglich -0.3 Prozentpunkten vom Referenzwert ab.

Die Verteilung des Bildungsniveaus in der Stichprobe zeigt ebenfalls nur sehr geringfügige Abweichungen von den amtlichen Daten: Befragte mit niedrigem Bildungsstand sind mit +0.3 Prozentpunkten ganz leicht überrepräsentiert. Befragte mit hohem Bildungsstand sind hingegen mit einer Differenz von -0.2 Prozentpunkten etwas unterrepräsentiert. Der Anteil der Menschen mit mittlerem Bildungsstand entspricht den Verteilungen in der Gesamtbevölkerung jedoch genau.

In der Summe entspricht die erreichte Analytestichprobe den Verhältnissen in der Grundgesamt mit Blick auf zentrale soziodemografische Merkmale recht gut. Als eine wichtige Einschränkung ist allerdings zu beachten, dass Personen mit Migrationshintergrund in solchen Stichproben aus Online-Access-Panels regelmäßig unterrepräsentiert sind, was auch durch Quotierungen kaum auszugleichen ist. Dies war bereits in den vorherigen Wellen von MiDInt zu beobachten und gilt auch für die aktuelle fünfte Welle; Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund ist mit 4.5% deutlich geringer, als das für die Gesamtbevölkerung gilt (24.2%).

Als Menschen mit Migrationshintergrund wurden in der Stichprobe Personen definiert, die ihren eigenen Angaben zufolge nach Deutschland zugewandert sind (entweder sie selbst oder mindestens ein Elternteil) oder die nicht nur die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

In der Stichprobe weisen 94.6% der Befragten eine deutsche Staatsbürgerschaft auf. Diese Rate ist um knapp 10 Prozentpunkte im Vergleich zur deutschen Wohnbevölkerung überhöht.

Einer der Grund dafür dürfte auch sein, dass die Befragung aus Kostengründen ausschließlich in deutscher Sprache durchgeführt wurde. Insoweit war schon a priori zu erwarten, dass Personen mit Migrationshintergrund weniger gut erreicht werden.

Tabelle 5: Verteilung der Stichprobe nach Migrationshintergrund, Staatsangehörigkeit und Religion sowie Referenzwerte für Deutschland

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Migrationshintergrund			
Mit MHG	111	4.5	24.2
Ohne MHG	2 350	95.5	75.8
Staatsangehörigkeit			
Deutsch	2 322	94.6	84.8
Deutsch und andere	69	2.8	2.5
Nichtdeutsch	63	2.6	12.7
Religion			
Christen	1 329	54.1	52.0
Muslime	72	2.9	6.4-6.7

Anmerkung: Quelle der Angaben zum Migrationshintergrund: Statistisches Bundesamt (2020b);
 Quelle der Angaben zur Staatsangehörigkeit: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2020 und Statistisches Bundesamt (2020b);
 Quelle der Angaben zur Religion: DBK, EKD und Pfündel et al. 2021

Damit korrespondierend ist der Anteil an Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit in der Stichprobe mit 2.9% erheblich niedriger als in der Gesamtbevölkerung, wo

dieser auf etwa 6-7 % geschätzt wird. Die Rate der Personen mit christlicher Religionszugehörigkeit entspricht mit einer Differenz von +2.1 Prozentpunkten hingegen recht gut den Verhältnissen in der Gesamtbevölkerung.

Insgesamt lässt sich resümieren, dass die Verteilung der Stichprobe nach zentralen soziodemographischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Bildung wie auch hinsichtlich der regionalen Verortung weitestgehend den Verhältnissen in der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland entspricht, wie sie sich in den amtlichen Daten zeigt.

Eine wichtige Einschränkung, die bei der Interpretation der Befunde wie auch der Handhabung der Daten zu beachten ist, besteht darin, dass Befragte mit Migrationshintergrund in dieser Stichprobe deutlich unterrepräsentiert sind. Mit Blick auf die deutschsprachige Wohnbevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit im Alter zwischen 18 und 69 Jahren stellt diese Stichprobe ansonsten jedoch eine recht gute Abbildung der Grundgesamtheit der erwachsenen Wohnbevölkerung im Alter von 18 bis 69 Jahren in Deutschland dar. Sie kann insoweit als *approximativ repräsentativ* bewertet werden.

Besonders bedeutsam für die Betrachtung von Trends ist die Feststellung, dass die Abweichungen zwischen der Gesamtbevölkerung und der Stichprobe sich in den bisher durchgeführten Wellen von MiDInt nicht unterscheiden, so dass diesbezüglich keine relevanten Verzerrungen in Bezug auf zeitliche Veränderungen der hier in den Blick genommenen Größen zu erwarten sind.

4 Das Erhebungsinstrument

Das Erhebungsinstrument für die fünfte Welle der Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) knüpft thematisch sowohl an die Erhebungen der Hauptstudien MiD (vgl. Brettfeld et al. 2021; Fischer et al. 2023; Wetzels et al. 2023d) und JuMiD (vgl. Farren et al. 2022) als auch an die vorherigen Wellen von MiDInt an (vgl. Brettfeld et al. 2023b; Kleinschnittger et al. 2023a; Richter et al. 2023a; Wetzels et al. 2023c). Um Redundanzen in der Beschreibung des Erhebungsinstruments zu vermeiden, werden die bereits in den vorherigen Wellen von MiDInt verwendeten - und in den jeweiligen Forschungsberichten ausführlich dargestellten - Messinstrumente hier nur in kurzer Form beschrieben; es wird vor allem auf relevante neue Fragen und Veränderungen eingegangen, die für die fünfte Welle von MiDInt vorgenommen wurden.

Inhaltlich befasst sich MiDInt auch in der fünften Welle zum ersten mit international relevanten Ereignissen, Krisen und politischen Entscheidungen, die - aus Sicht der Forschungsgruppe der UHH und des GIGA - Ausstrahlungswirkungen auf (ggf. extremistische) Einstellungen der Menschen in Deutschland haben könnten. Die Befragten können dabei ihre Meinung zu aktuellen internationalen Entwicklungen ausdrücken, darauf bezogene Sorgen und Ängste artikulieren sowie auch Erwartungen an Politik und Gesellschaft formulieren.

Neben solchen - je nach Weltlage - variablen Themen und Fragen wird zum zweiten ein Kern von Fragen und Konstrukten immer wieder in weitgehend gleicher Form in MiDInt integriert. Dieser Kern betrifft Indikatoren für politische Einstellungen. Gemessen werden - neben der politischen Parteipräferenz, die über die sog. Sonntagsfrage erhoben wird - zum einen Einstellungen zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (Demokratieskepsis und -zufriedenheit, Autokratieakzeptanz und Nationalismus/Unilateralismus). Erfasst werden

zum anderen aber auch Einstellungen zu politisch motivierter Gewalt, zivilem Ungehorsam und regelverletzenden Verhaltensweisen im Rahmen politischer Protestbekundungen. Thematisiert werden ferner Intoleranz und Vorurteile gegenüber Fremdgruppen und Minderheiten (darunter Muslimfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus sowie die Ablehnung von Geflüchteten).

Diese Konstrukte gehören zu den Kernthemen des längsschnittlichen Monitorings im MOTRA-Verbund. Es handelt sich um Einstellungen, die nach vorliegenden Befunden von aktuellen internationalen politischen Entwicklungen und Geschehnissen erheblich beeinflusst werden können (vgl. für erste Ergebnisse dazu u.a. Brettfeld et al. 2023a, 2023c; Kleinschnittger et al. 2023b, 2023c; Richter et al. 2022, 2023c; Wetzels et al. 2023a, 2023b).

Zum dritten werden neben internationalen Entwicklungen und Ereignissen auch eine Reihe weiterer Einflussgrößen auf nationaler, regionaler oder auch individueller Ebene regelmäßig in MiDInt aufgegriffen, die für die Erklärung politisch-extremistischer Einstellungen aus theoretischer Sicht relevant sein können. Wichtige Variablen betreffen insoweit aktuelle sowie in nächster Zeit von den Befragten erwartete wirtschaftliche und soziale Belastungen. Erfasst werden ferner die subjektive Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation sowie ggfs. bestehende Abhängigkeiten von Sozialleistungen.

Gemessen werden hier weiter subjektive Erfahrungen kollektiver Marginalisierung der Eigengruppe, das Systemvertrauen bezogen auf staatliche Institutionen, die subjektive Einschätzung der (In)Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger sowie die Ausprägung und Verbreitung von Verschwörungsmentalitäten im Sinne einer Neigung zur Akzeptanz von Verschwörungsnarrativen. Neu ist in der fünften Welle von MiDInt die Erfassung des individuellen Ausmaßes des Medienkonsums der Befragten.

Schließlich werden als wesentliche Kontrollvariablen soziodemografische Grunddaten erfasst. Dazu gehören neben Alter, Geschlecht und Bildungsniveau auch die regionale Verortung der Befragten sowie die Staatsangehörigkeit, der Migrationsstatus sowie die Religionszugehörigkeit. Diese werden auch benötigt, um über Vergleiche der Stichprobe mit der Grundgesamtheit die Repräsentativität der erreichten Stichprobe einschätzen und die soziale und regionale Verteilung politisch extremistischer Einstellungen in verschiedenen Subgruppen analysieren zu können.

4.1 Ereignisbezogene Konstrukte und Messinstrumente: Wahrnehmung und Bewertung international relevanter Geschehnisse

Im Hinblick auf aktuelle, international relevante Entwicklungen im Weltgeschehen greift die fünfte Welle von MiDInt *drei verschiedene Themen* auf.

Ein erstes Thema ist der ***Ukraine-Krieg***. Der länger schon schwelende Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, insbesondere der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 und der seitdem andauernde Krieg, hat auch im Zeitraum der Erhebung der fünften Welle von MiDInt nichts von seiner Aktualität, Brisanz und Relevanz für Politik und Gesellschaft in Deutschland verloren. Dessen Ausstrahlungswirkungen auf Deutschland wurden schon in den vorangegangenen Wellen von MiDInt ausführlich thematisiert (vgl. Wetzels et al. 2023b, Richter et al. 2023c).

Diesbezüglich erfasst das aktuelle Erhebungsinstrument in der fünften Welle Kriegsangst in Form des Ausmaßes der Sorgen der Befragten vor einem möglichen russischen Angriff auf

Deutschland, vor der Begehung von Anschlägen auf Einrichtungen in Deutschland und bezogen auf einen möglichen Einsatz von Atomwaffen in Europa.

Ein zweiter Themenkomplex betrifft den weltweiten *Klimawandel* und damit assoziierte gesellschaftliche Herausforderungen. Im Mittelpunkt stehen hier politische Maßnahmen sowie zivilgesellschaftliche Bemühungen, die das Ziel der Begrenzung des Temperaturanstiegs verfolgen. Mit Blick auf die zwischen dem 30. November und dem 12. Dezember 2023 in Dubai stattfindende 28. UN-Klimakonferenz werden Meinungen zur Relevanz und Wirksamkeit derartiger internationaler Zusammenkünfte erfasst. Dies schließt an eine ähnliche Messung an, die bereits im November 2022 in der ersten Welle von MiDIInt anlässlich der 27. UN-Klimakonferenz in Ägypten erfolgte (vgl. Brettfeld et al. 2023a, 2023b; Kleinschnittger et al. 2023b). Ziel ist es zu untersuchen, ob in dieser Hinsicht Veränderungen der Einstellungen der Menschen in Deutschland stattgefunden haben. Es ist vorgesehen, in Welle 6 von MiDIInt im Dezember 2023 dieses Thema erneut aufzugreifen, um so Einstellungen vor und nach Durchführung der Klimakonferenz vergleichen zu können.

Die Befragten konnten in fünf Fragen angeben, für wie wichtig und sinnvoll sie diese Konferenz sowie internationale Bemühungen zur Bekämpfung der Klimakrise halten.

Neben Meinungen zur UN-Klimakonferenz wird auch erhoben, für wie drängend die Befragten die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen erachten und welchen politischen Handlungsdruck sie diesbezüglich sehen.

Thematisiert wurde dazu in den acht Items ein zeitlicher Druck („weil es sonst bald endgültig zu spät ist“) sowie das Interesse an einer „Sicherstellung einer lebenswerten Zukunft für Kinder und Enkel“. Aufgegriffen wurden ferner Folgen des Klimawandels wie Dürren und Anstieg des Meeresspiegels sowie die von den Befragten erlebten persönliche Handlungsnotwendigkeiten (Verpflichtung sich einzuschränken) und die Bedeutung von Klimaschutzmaßnahmen.

Ein dritter internationaler Schwerpunkt der fünften Erhebungswelle greift den im Gefolge der terroristischen Angriffe der islamistischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ausgebrochenen aktuellen *Gaza-Krieg* auf.

Aus Anlass der massiven Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hamas und vor dem Hintergrund der darauf bezogenen weltweiten Proteste und Konflikte, die zu Anstiegen sowohl antisemitischer als auch antimuslimischer Ressentiments führen können, greift die fünfte Welle von MiDIInt diesen speziellen Aspekt des Nah-Ost-Konflikts umfangreicher auf.

Diesbezüglich wird zum einen die Verbreitung von antisemitischen und muslimfeindlichen Einstellungen in ihren unterschiedlichen Formen ausführlich thematisiert, mit dem Ziel, deren soziale Verteilung und Hintergründe genauer beleuchten zu können.

Für die Erhebung von *Muslimfeindlichkeit* werden sechs Items verwendet, die bereits seit der dritten Welle der MiDIInt-Studien genutzt werden. („Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land“, „Es gibt zu viele Muslime in Deutschland“, „Muslime sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland“, „Muslime haben in Deutschland zu viel Einfluss“, „Muslime passen nicht so recht zu uns“, „Muslimen kann man nicht trauen“).

Antisemitische Einstellungen wurden mit Blick auf den sogenannten klassischen oder tradierten Antisemitismus über vier Items operationalisiert, die bereits seit der dritten Welle von MiDIInt verwendet werden („Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“, „Es gibt zu viele Juden in Deutschland“, „Juden kann man nicht trauen“ und in umgepolter Form das Item „Juden sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland“).

Zusätzlich werden in der fünften Welle auch *israelkritische Einstellungen* in verschiedenen Varianten erfasst. Zum einen wird *israelbezogener Antisemitismus* in Form der Negation des Existenzrechts Israels als jüdischer Staat gemessen. Erhoben wird weiter legitime Israelkritik in Bezug auf die israelische Siedlungspolitik im Westjordanland. Ferner werden Bewertungen der

Aktivitäten Israels in Form der Einschätzung des Beschusses palästinensischer Wohngebiete als berechtigte Form der Selbstverteidigung Israels thematisiert. Ergänzt wird diese Itematterie weiter mit einem Item, das dem klassischen Antisemitismus zuzuordnen wäre, hier aber in den Kontext des Nah-Ost-Konflikts gestellt wird („Juden sorgen immer für Unfrieden“).

Darüber hinaus wird, in gleicher Weise wie in der dritten Welle von MiDInt, die **Akzeptanz israel-kritischer sowie israelfeindlicher und antisemitischer Protestformen** erfasst. Dabei werden zum einen legale, israelkritische Proteste thematisiert (die Forderung, dass Israel sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen soll sowie der israelfeindliche aber nicht strafrechtlich relevante Aufruf zum Boykott israelischer Produkte aus dem Westjordanland). Weiter werden Einstellungen zu illegalen, strafrechtlich relevanten israelfeindlichen und antisemitischen Protestformen erhoben. Als solche werden der Ruf „Tod den Juden“ oder „Tod Israel“ bei einer Demonstration sowie die Verbrennung der israelischen Staatsflagge bei öffentlichem Protest thematisiert. Ferner konnten die Befragten angeben, wie sie die politische Forderung bewerten, die Zahlung von Entwicklungshilfe für die palästinensischen Gebiete zu beenden.

Zusätzlich werden mögliche Ausstrahlungswirkungen des Israel-Palästina-Konfliktes auf politische Einstellungen der Menschen in Deutschland mittels eines **Surveyexperimentes** in den Blick genommen. Forschungsleitende Frage ist hier, inwieweit die Konfrontation mit dem bewaffneten Konflikt in Gaza seit Oktober 2023 Kriegsängste befördert, die dazu beitragen, dass es zu erhöhter Autokratieakzeptanz kommt, d.h. der Befürwortung autoritärer staatlicher Strukturen und politischer Entscheidungen bezogen auf Deutschland.

4.2 Zentrale abhängige Variablen des Monitorings im Trenddesign

Im Zentrum von MiDInt stehen, in gleicher Weise wie für die Einstellungsforschung im Rahmen des Monitorings durch MiD und JuMiD, Fragen nach dem Ausmaß, der Verbreitung und der sozialen Verteilung verschiedener Formen politisch-extremistischer Einstellungen und ihrer Vorläufer sowie nach deren möglichen Veränderungen im Zeitverlauf. Dazu gehören wesentliche Aspekte der Einstellungen zur Demokratie (insbesondere das Ausmaß der Akzeptanz autokratischer Staatsorganisation, nationalistische Einstellungen sowie die generelle Bewertung der Demokratie als Staatsform). Weiter werden auch die Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele (politisch-motivierte Gewalt) sowie Haltungen zu normverletzenden Formen politischen Protestverhaltens (ziviler Ungehorsam) thematisiert. Darüber hinaus werden auch intolerante Einstellungen und Vorurteile gegenüber ausgewählten Minderheiten und Fremdgruppen in den Blick genommen.

4.2.1 Autokratieakzeptanz und Nationalismus sowie Einstellungen zu Demokratie

Zur Erfassung von Autokratieakzeptanz und nationalistischen Einstellungen wurden bereits für die erste Welle von MiDInt spezielle Skalen entwickelt. Auf Grundlage der Ergebnisse der ersten Welle wurden diese Skalen für die weiteren Wellen von MiDInt verbessert. Diese werden seitdem fortlaufend optimiert, wobei zur Erfassung von Trends ein Kern von Items konstant seit Welle 3 zum Einsatz kommt.

Die Skala zur Messung von **Autokratieakzeptanz** ist so aufgebaut, dass die Ablehnung oder die Befürwortung von Einschränkungen demokratischer Prinzipien mit der aktuellen „Lage“ bzw. mit einer gegenwärtigen „Krise“ in Zusammenhang gebracht wird. Insofern handelt es sich um die Erfassung einer „krisenbezogenen Autokratieakzeptanz“. Dazu wurden die Aussagen in den Einzelitems dieser Skala mit einem Hinweis auf die „aktuelle Situation/Lage“ versehen, sodass die negative Haltung zu zentralen demokratischen Prinzipien jeweils in Zusammenhang mit aktuellen Krisenphänomen gebracht werden.

Eine Besonderheit der fünften Welle besteht darin, dass Autokratieakzeptanz hier die zentrale abhängige Variable in einem **Surveyexperiment** zur Analyse möglicher kausaler Effekte von

Kriegsangst auf politische Einstellungen darstellt. In diesem Experiment wird untersucht, inwieweit die Thematisierung von Angst und Sorgen wegen der Auswirkungen des Gaza-Krieges (darunter z.B. Sorgen wegen möglicher künftiger Terroranschläge der Hamas in Deutschland) zu einer Erhöhung der krisenbezogenen Autokratieakzeptanz beitragen kann. Daher sind Trendaussagen zu dieser Variable mit Blick auf die fünfte Welle nur unter Nutzung der Daten der durch das experimentelle Treatment (Priming) nicht beeinflussten Kontrollgruppe möglich.

Die Items zur Skala *nationalistische Einstellungen* wurden unverändert aus dem Erhebungsinstrument der vierten Welle übernommen. Sie betreffen die Befürwortung eines wirtschaftlichen Protektionismus sowie Einstellungen zu internationaler Zusammenarbeit zwischen Deutschland und anderen Ländern. Weiter geht es um Forderungen nach stärkerer Priorisierung der Interessen der eigenen Staatsbürger durch die Politik.

Ferner wurde in der fünften Welle eine Itematterie zur Erfassung allgemeiner *Einstellungen gegenüber der parlamentarischen Demokratie* als Staatsform verwendet, die seit der dritten Welle als abhängige Größe in das Monitoring integriert und in der vierten Welle um einige Items ergänzt wurde.

Hier finden sich Fragen zur Haltung gegenüber der parlamentarischen Demokratie als Staatsform sowie zur Einschätzung Fähigkeit der Demokratie, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Die Befragten wurden weiter gebeten anzugeben, inwieweit sie sich Sorgen um die Zukunft der Demokratie machen. Die dazu in den vorherigen Welle bereits eingesetzten sechs Items wurden in der aktuellen fünften Welle um ein siebtes Item ergänzt, das die Einschätzung der Relevanz von Parteilichkeit für eine funktionierende Demokratie betrifft. Darüber hinaus wurden die Befragten wie schon in Welle 4 gebeten summarisch anzugeben, wie zufrieden sie mit der Demokratie sind, wie wir sie aktuell in Deutschland haben.

4.2.2 Bewertung von zivilem Ungehorsam und Normverletzungen als Protestformen

Im Rahmen von Protesten gegen politische Entscheidungen sowie im Kontext zivilen Engagements zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen finden sich regelmäßig auch Aktivitäten, die unterschiedliche Formen des zivilen Ungehorsams darstellen, darunter auch Verletzungen gesetzlicher Ordnungsbestimmungen bis hin zu strafrechtlich relevanter politischer Gewalt. Die fünfte Welle von MiDIInt erfasst dazu die *Akzeptanz* von zehn verschiedenen Formen des *zivilen Ungehorsams* als Ausdruck von Protest. Deren positive bzw. negative Bewertung wird mittels einer bipolaren siebenstufigen Skala von „finde ich völlig richtig“ (+3) bis „finde ich völlig falsch“ (-3) gemessen. Diese Skala wurde erstmals in der vierten Welle von MiDIInt in gleicher Form eingesetzt.

4.2.3 Akzeptanz politisch motivierter physischer Gewalt

In das aktuelle Erhebungsinstrument wurde auch wieder eine Itematterie zur *Akzeptanz politisch motivierter physischer Gewalt* aufgenommen, die in ähnlicher Form auch in MiD und JuMiD verwendet wird. Diese aus sieben Items bestehende Skala wurde in gleicher Form auch in der vierten Welle der Befragung MiDIInt eingesetzt.

4.2.4 Intoleranz in Form der Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten

Intolerante Haltungen gegenüber bzw. die Abwertungen von Fremdgruppen und Minderheiten wurden ideologieübergreifend gemessen, d.h. unabhängig von einer ggfs. dahinterstehenden spezifischen politischen Motivation oder Orientierung im Sinne der Selbstverortung im links-rechts Spektrum oder der Parteipräferenz und auch unabhängig von den Einstellungen zu Demokratie oder zur Akzeptanz von Autokratie und Nationalismus.

Erfasst wurden insoweit, neben den bereits erwähnten Konstrukten zur Muslimfeindlichkeit und Antisemitismus, auch *Ausländerfeindlichkeit* sowie *ablehnende Haltungen*

gegenüber Geflüchteten bzw. zu integrationsunterstützenden Maßnahmen. Die Skala zur Ausländerfeindlichkeit wird so seit Welle 3 regelmäßig in die Erhebungen von MiDIInt integriert. Fragen zur Einstellung gegenüber Geflüchteten und ausgewählten integrationsunterstützenden Maßnahmen wurden im Vergleich zur Welle 3 von MiDIInt um ein Item ergänzt, das die Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt thematisiert („Flüchtlinge sollten so schnell wie möglich die Erlaubnis erhalten, hier zu arbeiten.“).

4.3 Einflussfaktoren auf sozialer und individueller Ebene

Extremismusaffine politische Einstellungen können, ebenso wie soziale Vorurteile gegenüber Fremdgruppen, mit unterschiedlicher Sorgen und Belastungen in Zusammenhang stehen, die Menschen aufgrund aktueller Krisen und politischer Herausforderungen entwickeln und subjektiv erleben.

Hieraus entstehende Bedrohungsgefühle können wiederum durch subjektive Einschätzungen der Kompetenzen und der Handlungsfähigkeit staatlicher Akteure und durch das Vertrauen, das diesen entgegengebracht wird, stark beeinflusst werden (vgl. dazu u.a. Brettfeld & Wetzels 2022a, 2022b; Fischer et al. 2022; Wetzels & Brettfeld 2022; Wetzels et al. 2022a, 2022b).

Um die insoweit relevanten Konstrukte zu erfassen, wurde in der fünften Welle von MiDIInt auf eine - in den fünf Wellen von MiDIInt unverändert und auch in MiDI in leicht abgeänderter Form verwendete - Itematterie zur Erfassung des **Systemvertrauens** zurückgegriffen.

Neben dem allgemeinen Systemvertrauen bezogen auf nationale staatliche Einrichtungen (Gerichte, Polizei, politische Parteien, Regierung, Behörden, öffentlich-rechtliche Medien) wurde hier ferner das für die vierte Welle von MiDIInt neu entwickelte Erhebungsinstrument zur Erfassung des **Vertrauens in internationale Institutionen und Organisationen** (IStGH, EGMR, EU, NATO, UNO) verwendet, um auch in dieser Hinsicht an den internationalen Bezug von MiDIInt anzuknüpfen.

Die Wahrnehmung und Bewertung der Handlungsfähigkeit nationaler staatlicher und gesellschaftlicher Akteure wurde über eine aus fünf Items bestehende Skala zur Messung der subjektiven Einschätzung der wahrgenommenen **(In)Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger** aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gemessen. Diese Skala wurde in allen bisherigen Wellen der Erhebungen von MiDIInt genutzt. Diese seit der Welle 3 aus fünf Items bestehende Skala kam unverändert auch in Welle 5 zum Einsatz.

Weiter wurden soziale Ausgrenzungserlebnisse sowie Anerkennungsdefizite im Hinblick auf die Gruppe erhoben, denen die Befragten sich zugehörig fühlen. Die dazu verwendete Skala zur Messung des Ausmaßes eines **kollektiver Marginalisierungserlebens** umfasst sowohl die Erfahrung der Geringschätzung von Mitgliedern der Eigengruppe in der Gesellschaft insgesamt als auch das Maß, in dem die Befragten wahrnehmen, dass sie zu einer Gruppe von Menschen gehören, die systematisch durch staatliche Behörden und Politik in Deutschland benachteiligt werden. Sie wird ebenfalls seit der dritten Welle von MiDIInt in unveränderter Form verwendet.

In Welle 4 von MiDIInt wurde zudem eine aus vier Items bestehende Skala zur Erfassung von **Verschwörungsmentalität** verwendet, die an etablierte Messinstrumente aus der Forschung zu Verschwörungstheorien anknüpft (vgl. Bruder et al. 2013; Imhoff & Bruder 2014; Imhoff et al. 2022). Ziel ist die Erfassung einer generellen Neigung zur Übernahme von Verschwörungsnarrativen im Sinne einer verschwörungstheoretisch konnotierten Delegiti-

mation von Politik und Medien (vgl. Wetzels & Brettfeld 2022). Diese Skala wurde in der aktuellen Welle 5 von MiDInt um ein weiteres Item ergänzt.

Dieses zusätzliche Item lautet „Politische Entscheidungen werden in Wirklichkeit durch Banken und Großunternehmen bestimmt.“.

Gänzlich neu im Vergleich zu den vorherigen Erhebungen ist in der fünfte Welle von MiDInt die Einbeziehung einer Messung des *Ausmaßes und der Art des individuellen Nachrichtenkonsums*.

Hier konnten die Befragten angeben, wie viele Minuten sie pro Tag über das Radio, Fernsehen, Zeitungen oder die sozialen Medien Nachrichten über das Geschehen in der Welt konsumieren.

4.4 Survey-Experiment zum Einfluss des Gaza-Krieges auf Kriegsangst und Autokratieakzeptanz bei Menschen in Deutschland

Seit der Staatsgründung Israels am 14. Mai 1948 kam es immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israelis einerseits und Palästinensern sowie den arabischen Staaten in dieser Region andererseits. Dieser Konflikt eskalierte ab dem 7. Oktober 2023 in ganz besonderem Maße. An diesem Tag führte die radikal-islamistische Terrororganisation Hamas einen großangelegten Überraschungsangriff auf israelisches Staatsgebiet durch. Dabei wurden nicht nur, wie bereits im Mai 2021 und auch in früheren Jahren schon, zahlreiche Raketen aus dem Gebiet des Gaza-Streifens auf Israel abgefeuert. Zusätzlich überschritten bewaffnete, islamistische Kämpfer der Hamas die Grenzanlagen zwischen Gaza und dem Staat Israel und töteten im Grenzgebiet etwa 1 200 Menschen. Weiter wurden etwa 250 Personen, zumeist Jüdinnen und Juden, entführt und als Geiseln in den Gaza-Streifen verschleppt.

Dieser Vorgang stellt den größten Massenmord an Jüdinnen und Juden seit der Nazizeit dar. In Reaktion darauf rief der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu den Kriegszustand aus. Trotz israelischer Versuche, u.a. durch an die palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza gerichtete Aufforderungen, Angriffszonen zu verlassen, kam es zu mehreren tausend Opfern auf Seiten der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gefolge von Raketenbeschuss und der umfassenden Luftangriffen durch das israelische Militär auf den dicht besiedelten Gaza-Streifen. Ende Oktober begann Israel zudem mit einer Bodenoffensive, deren seitens des israelischen Verteidigungsministeriums erklärtes Ziel die Vernichtung der Hamas und ihrer Unterstützer ist. Im Zuge dessen erhöhte sich die Anzahl ziviler Opfer unter den Palästinensern in Gaza beträchtlich. Zudem kam es zu existenziell bedrohlichen Engpässen in der Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wasser, Energie und medizinischen Hilfsgütern.

Vor diesem Hintergrund stellte sich für die internationale Staatengemeinschaft nachdrücklich die drängende Frage, wie die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten geschützt und wie dazu beigetragen werden kann, die bewaffneten Auseinandersetzungen zu beenden und die Situation im Nahen Osten nachhaltig zu befrieden. Deutsche Politiker betonten in Bezug auf den aktuellen Konflikt dabei mehrfach öffentlich, dass zwar die Leiden der Zivilbevölkerung vermieden werden und für diese Hilfen bereitgestellt werden sollten, dass aber die Ursache der Konflikteskalation klar auf Seiten der Hamas liegt und Israel ein Recht auf Selbstverteidigung hat. Weiter wurde mehrfach - u.a. unter Verweis auf die historische Verantwortung Deutschlands angesichts der Tötung von Millionen Juden während der Zeit des Nationalsozialismus - hervorgehoben, dass die Sicherheit Israels ein Bestandteil der „deutschen Staatsräson“ ist. Dies stieß international in verschiedenen Ländern aber auch innerhalb Deutschlands - hier insbesondere bei in Deutschland lebenden Muslimen und arabisch-stämmigen Migranten - auf zum Teil massive Kritik unter Hinweis auf eine vermeintliche Einseitigkeit des deutschen Blicks auf die langfristige Genese und die Ursachen der Konflikte in dieser Region des Nahen Ostens. Weiter wurde auch das aktuelle Leiden der Zivilbevölkerung, insbesondere die massiven Zerstörungen und die zahlreichen Todesopfer infolge des militärischen Vorgehens Israels, international durch viele Länder kritisiert bis dahin, dass das Vorgehen Israels als völkerrechtswidrig und menschenrechtsverletzend

bezeichnet und im Rahmen einer Klage von der Internationalen Gerichtshof (IGH) durch Südafrika als Form der Apartheid und des Genozids zur Anklage gebracht wurde.²

In dieser sehr angespannten politischen Lage und im Kontext höchst kontroverser Debatten um das Geschehen in Israel kam es auch in Deutschland zu umfangreichen Protesten. Im Rahmen solcher politischer Proteste wurde immer wieder legitime politische Kritik an der israelischen Politik einerseits, sowohl mit Blick auf die Siedlungspolitik im Westjordanland als auch in Bezug auf das massive Vorgehen gegen die Hamas in Gaza und die erheblichen Leiden und Schäden für die Zivilbevölkerung, mit antisemitischen und israelfeindlichen Äußerungen andererseits vermengt. Im Gefolge solcher Proteste kam es mehrfach zu Konfrontationen und aggressiven Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen. Ferner kam es zu zahlreichen Fällen explizit antisemitischer, jüdenfeindlicher und israelfeindlicher Äußerungen sowie zu Übergriffen auf jüdische Einrichtungen. Die Anzahl polizeilich und durch Opferhilfeeinrichtungen registrierter antisemitischer Vorfälle stieg nach dem 7. Oktober 2023 in Deutschland ganz erheblich an.³

In dieser Zeit gab es an vielen Orten in Deutschland auch mahnende Aufrufe und Aktionen gegen Antisemitismus. Gleichzeitig äußerten sich prominente Politiker und sowie Vertreter jüdischer Gemeinden in Deutschland aber auch enttäuscht darüber, dass die Bevölkerung in Deutschland sich nicht in hinreichendem Maße öffentlich erkennbar gegen die wahrnehmbare Zunahme von Antisemitismus in Deutschland wende und dies nicht ausreichend bekämpft werde.

Im Zuge der aktuellen Geschehnisse im Nahen Osten, der Eskalation der Konflikte in Gaza und der begleitenden Entwicklungen auf internationaler Ebene, u.a. in anderen Ländern der Region, kam es auf der anderen Seite in Deutschland auch zu antimuslimischen bzw. allgemein gegen Zuwanderer aus dem arabischen Sprachraum gerichteten Aktionen und der vermehrten Artikulation entsprechender Ressentiments und Vorurteile.

Insgesamt trugen die aktuellen Geschehnisse in Gaza erkennbar zu einer deutlichen Verschärfung der Debatten um Migration und die Rolle insbesondere muslimischer Zuwanderer in Deutschland bei, aber auch zur intensivierten Problematisierung des Phänomens des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft.

Diese Entwicklungen legen nahe, genauer zu analysieren, inwiefern die aktuellen Entwicklungen im Israel-Palästina Konflikt und dem Krieg in Gaza Ausstrahlungswirkungen auf politische Einstellungen und Radikalisierungsprozesse in Deutschland entfalten.

Im Kontext von MOTRA wurden diesbezüglich bereits vor den aktuellen Geschehnissen im Gefolge des 7. Oktober 2024 mögliche Auswirkungen bewaffneter Eskalationen des Konfliktes zwischen Israel und der Hamas, wie es sie im Mai 2021 gegeben hatte, auf die Verbreitung von Antisemitismus in Deutschland im Rahmen einer quasiexperimentellen Studie untersucht (vgl. Richter et al. 2022).

Zu diesem Zweck wurden Analysen in Bezug auf Antisemitismus in Deutschland unmittelbar vor und nach dem Beginn der Konflikteskalation im Mai 2021 durchgeführt. Dies geschah unter Nutzung verschiedener Datenquellen: auf Basis von Statistiken der polizeilich registrierten politisch motivierten Kriminalität (PMK), durch Untersuchungen der Veränderung der Kommunikation in den sozialen Medien auf Twitter, durch Auswertungen von Medienberichten über die Entwicklungen von Protestgeschehnissen in Deutschland sowie in Form von Analysen der Daten der ersten Welle der für Deutschland repräsentativen MiD Studie aus dem Jahr 2021 zur Verbreitung antisemitischen Einstellungen. Die Ergebnisse zeigten, dass es unmittelbar nach diesen bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hamas zu signifikanten Steigerungen antisemitischer Vorfällen und einer Zunahme von Ressentiments in Form von Vorurteilen gegenüber jüdischen Menschen in Deutschland im Vergleich zu der Zeit davor kam.

Anknüpfend an diese Befunde zu den Begleiterscheinungen der Konflikteskalationen vom Mai 2021 wurde diese Fragestellung auch bereits im Rahmen der dritten Welle von MiDInt im April/Mai 2023 in einem Surveyexperiment aufgegriffen, um mögliche kausale Wirkungen zu prüfen. Abhängige Variable war dabei die Ausprägung von Israelkritik sowie der Akzeptanz strafrechtlich relevanten israelfeindlichen sowie antisemitischen Protestverhaltens.

² <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/voelkermord-genozid-verhandlung-igh-suedafrika-klage-gegen-israel-begruendung/>

³ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bka-antisemitische-straftaten-anstieg-100.html>

Hintergrund dessen waren Entwicklungen die ab 2022 beobachtet werden konnten. So gab es in dieser Zeit mehrfache Anschläge von Seiten der Palästinenser, die gegen die Ausweitung jüdischer Siedlungen im Westjordanland protestierten, mit Todesopfern auf israelischer Seite. Weiter gab es bewaffnete Aktionen jüdischer Siedler wie auch des israelischen Militärs, die mit tödlichen Folgen für unbeteiligte palästinensische Zivilisten, darunter auch Kinder, verbunden waren (vgl. dazu u.a. Schneider 2023, S. 10). Im Jahr 2023 setzte sich diese Entwicklung fort. Es kam erneut zu Einsätzen des israelischen Militärs mit Waffengewalt, bei denen Zivilpersonen getötet wurden. Diese Vorfälle und eine darauf bezogene Kritik der Politik Israels wie auch der Gewalthandlungen und weiteren Aktivitäten radikaler jüdischer Siedler im Westjordanland waren immer wieder auch in Deutschland Gegenstand von Presseberichten und Nachrichten in Rundfunk, Fernsehen und sozialen Medien (vgl. u.a. SZ v. 23.6.2023)⁴.

Im Mittelpunkt des Surveyexperimentes in der 3. Welle von MiDInt stand die Frage, inwiefern die Präsentation von Informationen über Anwendungen von Waffengewalt von israelischer Seite - durch das Militär einerseits und durch jüdische Siedler andererseits - die im Kontext der Konflikte zwischen Israel und den Palästinensern im Westjordanland stattgefunden und Todesopfer zur Folge hatten, kausale Effekte im Sinne einer Zunahme von Israelkritik und der erhöhten Akzeptanz israelfeindlichen sowie strafrechtlich relevanten antisemitischen Protestverhaltens bei Menschen in Deutschland hat (vgl. Richter et al. 2023a; Richter et al. 2024).

Im Ergebnis zeigte sich, dass die Präsentation einer Vignette mit einer Zeitungsmeldung über die Tötung von unbeteiligten palästinensischen Zivilpersonen durch bewaffnete Aktionen des israelischen Militärs zu einer signifikanten Erhöhung der Akzeptanz strafrechtlich relevanten, israelfeindlichen und antisemitischen Protestverhaltens führte. Weiter war festzustellen, dass diese Effekte vor allem bei solchen Personen auftraten, die bereits vor dem experimentellen Treatment in ausgeprägter Form klassische antisemitische Einstellungen erkennen ließen sowie bei Menschen, die zwar nicht manifest antisemitisch eingestellt waren, die aber zumindest eine gewisse Offenheit in diese Richtung zeigten. Demgegenüber konnte bei Personen, die bereits vor dem experimentellen Treatment klar als nicht antisemitisch eingestuft waren, eine solche gesteigerte Akzeptanz israelfeindlichen, rechtswidrigen Protestverhaltens nicht gefunden werden. Für die Berichte über tödliche Waffengewalt durch jüdische Siedler ließen sich demgegenüber keine signifikanten Effekte finden.

In der Summe war damit festzustellen, dass eine Erhöhung der Akzeptanz strafrechtlich relevanten, israelfeindlichen und antisemitischen Protestverhaltens infolge der Wahrnehmung von bewaffneten, tödlichen Konflikteskalationen im Westjordanland dann nachweisbar sind, wenn es sich um Aktivitäten eines staatlichen Akteurs (des israelische Militärs) handelt. Diese Effekte zeigten sich allerdings nahezu ausschließlich bei Personen, bei denen eine zumindest latente Anfälligkeit für antisemitische Vorurteile bereits zuvor bestand (vgl. Richter et al. 2024). Insoweit können solche Geschehnisse wie im Westjordanland Auswirkungen im Sinne einer zusätzlichen Radikalisierung latent vorhandener antisemitischer Potenziale innerhalb der Bevölkerung Deutschlands haben. Bei der Mehrheit der Bevölkerung, die sich zu etwa drei Viertel als klar nicht antisemitisch eingestellt erweist, sind solche Effekte indessen nicht zu erkennen.

In der fünften Welle von MiDInt wird angesichts der massiven militärische Eskalation des Gaza-Konfliktes seit dem 7. Oktober 2023 dieses Phänomen der Ausstrahlungswirkungen im Sinne einer damit verbundenen politisch-extremistischen Radikalisierung von Menschen in Deutschland erneut aufgegriffen.

Im Mittelpunkt der fünften Welle steht die Frage, inwieweit die Konfrontation mit dem Krieg in Gaza, bei dem von vielen Experten und Politikern die Gefahr einer regionalen Ausweitung u.a. mit dem Verweis auf einen „Flächenbrand“ gesehen wird⁵ und der auch seitens des BMI in Verbindung mit einer erhöhten Bedrohungslage innerhalb Deutschlands gebracht wird,⁶ bei Menschen in Deutschland zu einer erhöhten Autokratieakzeptanz und

⁴ <https://www.sueddeutsche.de/politik/westjordanland-israelis-palaestinenser-gewalt-1.5961184> siehe dazu auch die Berichte von Human Rights Watch; <https://www.hrw.org/de/news/2023/08/31/westjordanland-mehr-palaestinensische-kinder-durch-israelische-armee-getoetet>)

⁵ So Prof. Masala (Bundeswehr-Universität München) und Nahostexperte P. Lintl (Stiftung Wissenschaft und Politik). <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/droht-ein-flaechenbrand-in-nahost-das-sagen-experten.TsGaODu>

⁶ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2023/12/ji-rat-dez.html>

damit der Ablehnung demokratischer Strukturen führen könnte. Abhängige Variable ist im aktuellen Experiment damit das Ausmaß von kriseninduzierter Autokratieakzeptanz.

Theoretisch ist grundsätzlich zu erwarten, dass die Wahrnehmung einer Bedrohung durch kriegerische Auseinandersetzungen oder Terrorismus erhebliche Auswirkungen auf politische Einstellungen entfalten kann (vgl. Schoen 2006; Duckitt 2013). Das durch Kriegsangst ausgelöste vermehrte Bedürfnis nach Sicherheit kann Anlass sein, Schutz durch eine starke staatliche Führung zu suchen und dafür demokratische Prinzipien zugunsten einer starken, für handlungsfähiger erachteten Führung aufzugeben (vgl. Davis & Silver 2004).

Auf korrelativer Ebene konnten entsprechende Zusammenhänge zwischen Kriegsangst und erhöhter Autokratieakzeptanz in Bezug auf die subjektive Wahrnehmung des Ukrainekrieges und darauf bezogene Kriegsangst auf Basis von Daten der im November 2022 durchgeführten ersten Befragungswelle von MiDInt empirisch bereits nachgewiesen werden (vgl. Brettfeld et al. 2023b; Wetzels et al. 2023b; Kleinschnittger et al. 2023c). Völker (2023) konnte, im Einklang mit entsprechenden theoretischen Annahmen, ebenfalls empirisch zeigen, dass tödliche, politisch motivierte Attentate in Deutschland erhebliche Einflüsse auf politische Debatten und die Konstruktion von Bedrohungsszenarien haben, die rechtsextreme Entwicklungen begünstigen.

Im Hinblick auf den geografisch weiter entfernten Nah-Ost Konflikt ist die Frage, ob die Wahrnehmung der dortigen massiven militärischen Eskalation in Gaza zu einer erhöhten individuellen Bedrohungswahrnehmung bei Menschen in Deutschland führt, bislang noch nicht untersucht worden. Inwieweit die Wahrnehmung des Gaza-Krieges zu einer erhöhten Autokratieakzeptanz führen kann, sofern dieser in Zusammenhang mit einer möglichen persönlichen Bedrohung durch Krieg gebracht wird, ist gleichfalls empirisch bislang eine offene Frage. Experimentelle, über korrelative Befunde hinausgehende Erkenntnisse liegen dazu bis heute nicht vor.

Zur Untersuchung dieser Fragen wurden in der aktuellen fünften Welle von MiDInt die Befragten randomisiert einer von vier Gruppen zugeteilt. Zwei dieser Gruppen (Experimentalgruppe 1 und Experimentalgruppe 2) erhielten als Treatment eine gleichlautende (fiktive) Tageszeitungsmeldung über die militärische Eskalation des Nah-Ost-Konflikts durch den Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sowie zur Reaktion Israels in Form massiver militärischer Gegenschläge. Ergänzt wurde diese Meldung mit einem Hinweis darauf, dass die deutsche Bundesregierung fest an der Seite Israels steht und dass durch mehrere unabhängige Forschungsinstitute vor der Gefahr der Ausweitung des Konflikts mit massiven Folgen auch für Deutschland gewarnt wird.

Der Verweis auf die Unterstützung Israels durch die Bundesregierung, die es so tatsächlich auch gegeben hatte, dient dazu, eine mögliche Bedrohungswahrnehmung in Bezug auf die Hamas und deren Verbündete, die eine solche Solidarität negativ als aggressiven Akt bewerten könnten, zu bestärken. Die gleiche Funktion hat der Hinweis auf Warnungen seitens unabhängigen Forschungsinstitute vor einer möglichen Ausweitung des Krieges mit Folgen für Deutschland. Auch diese hatte es in dieser Zeit tatsächlich gegeben.

Der Text der Vignette zum Gaza-Krieg (Experimentalgruppen 1 und 2) lautete wie folgt:

Vor kurzem erschien in verschiedenen Tageszeitungen folgende Meldung:

Nach Terrorangriffen der radikal-islamistischen Hamas auf Israel Anfang Oktober 2023 gab es nach wenigen Tagen bereits mehr als tausend Tote und über dreitausend Verletzte unter der israelischen Zivilbevölkerung. Die militärischen Gegenschläge Israels forderten tausende Tote und Verletzte unter den Palästinensern im Gaza-Streifen.

Als Reaktion auf die Angriffe der Hamas erklärte die Bundesregierung, dass sie fest an der Seite Israels steht und dem Land alle erforderliche Unterstützung zukommen lassen wird. Von Seiten mehrerer unabhängiger Forschungsinstitute wurde nachdrücklich davor gewarnt, dass sich dieser Krieg sehr schnell ausweiten könnte, mit massiven Folgen auch für Deutschland.

Befragte, die der Experimentalgruppe 3 oder der Kontrollgruppe randomisiert zugeordnet worden waren, erhielten keine solche (fiktive) Nachrichtenvignette.

Den Befragten der Experimentalgruppen 1 und 3 wurde - bei Experimentalgruppe 1 im Anschluss an die Nachrichtenmeldung, für Experimentalgruppe 3 sofort ohne einleitende Vignette - sechs Items vorgelegt, die Sorgen und Ängste wegen möglicher Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten auf Deutschland zum Inhalt haben. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, wieviel Angst ihnen die umschriebenen möglichen Entwicklungen im Kontext des Gaza-Krieges machen.

Erfragt wurden folgende Gründe von Angst: vor einer Ausweitung des Konflikts auf andere Länder; dass Deutschland zu viel Geld für die militärische Unterstützung Israels ausgibt; dass Deutschland in die kriegerische Auseinandersetzungen hineingezogen wird; dass es zum Einsatz der Bundeswehr in Israel kommt; dass es zu Anschlägen durch Unterstützer der Hamas in Deutschland kommt; dass es zum Einsatz von Atomwaffen mit Auswirkungen auf Deutschland kommt.

Aus den Angaben zu diesen Fragen wurde eine Skala zur Erfassung von *Kriegsangst im Hinblick auf den Krieg im Nahen Osten* gebildet. Ziel dessen war zum einen die Untersuchung der Frage, inwieweit die Konfrontation mit der Beschreibung der militärischen Entwicklungen in Gaza in Experimentalgruppe 1 zu einer Erhöhung der so gemessenen Kriegsangst im Vergleich zu Experimentalgruppe 3 führt, die keine Meldung zum Gaza-Konflikt erhalten hat.

Tabelle 6: Design des Surveyexperiments zu Effekten der Konfrontation mit dem Gazakrieg auf Kriegsangst und Autokratieakzeptanz

	Treatmentvariable 1 <i>Meldung über den Gazakrieg und Warnung vor dessen Ausweitung</i>	Treatmentvariable 2 <i>Priming durch Präsentation der Skala „Kriegsangst“</i>	Abhängige Variable <i>„Autokratieakzeptanz“</i>
Experimentalgruppe 1	Ja	Ja	Ja
Experimentalgruppe 2	Ja	Nein	Ja
Experimentalgruppe 3	Nein	Ja	Ja
Kontrollgruppe	Nein	Nein	Ja

Weiter fungiert die Präsentation der Skala als ein Priming, mit dem das Thema Kriegsangst bezogen auf den Nah-Ost-Konflikt und die damit möglicherweise verbundenen bedrohlichen Entwicklungen für die Befragten in Experimentalgruppe 1 explizit hervorgehoben werden sollte, während ein solches Priming in Experimentalgruppe 2 die nur die Schilderungen aus der Vignette erhielt, nicht erfolgte.

Allen Befragten wurde sodann die Skala zur Erfassung *krisenbezogener Autokratieakzeptanz vorgelegt*, die als abhängige Variable fungiert.

Erhoben wird mit den Items dieser Skala die Zustimmung bzw. Ablehnung zu einer Reduzierung des Einflusses des Bundestages im Interesse einer starken politischen Führung sowie die Zustimmung zu den Aussagen, dass in der aktuellen Lage eine „Diktatur die bessere Staatsform“ sei und dass der Staat einen Führer benötige, „der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert“.

Neben diesen Aspekten der Reduzierung des Einflusses der Legislative zugunsten der Exekutive und der Etablierung einer autokratischen Führung wurden auch die Zustimmung zur Einschränkung des Rechtsstaatsprinzips und der Gewaltenteilung (Handlungsfähigkeit der Regierung darf in der heutigen Krise „nicht durch Gerichte eingeschränkt“ werden), die

Ablehnung von Opposition und Meinungsvielfalt (längere politische Debatten und Meinungsvielfalt „können wir uns aktuell nicht leisten“), das Infragestellen der Pressefreiheit (Journalisten sollten sich aktuell „mit Kritik an Politikern, die Probleme aktiv anpacken, zurückhalten“) sowie die Befürwortung eines Einparteiensystems („Was Deutschland heute braucht, ist eine einzige starke Partei.“) erfasst.

5 Konstrukte und zu deren Messung in der fünften Welle von MiDInt verwendete Items im Überblick

In der nachfolgenden Übersicht werden die Themen, Konstrukte und die zu deren Messung verwendeten Items, so wie sie in der fünften Welle der Befragung MiDInt eingesetzt wurden, aufgelistet. Weiter werden auch deren Quellen dargelegt.

Die Darstellung folgt nicht der Reihenfolge der Fragen im Erhebungsinstrument; die Nummern der Fragen im Fragebogen lassen sich jedoch dieser Tabelle gleichfalls entnehmen. Das Erhebungsinstrument selbst ist im Anhang im Original beigelegt, sodass auch die verwendete Abfolge der Fragen erkennbar wird.

Tabelle 7: Erhebungsinstrument MiDInt Oktober/November 2023: Überblick zu Konstrukten, Items und deren Quellen

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Soziodemografie			
Demographische Grunddaten	<ul style="list-style-type: none"> • Geschlecht • Alter • Bundesland • Ortsgröße 	Standarddemographie	31, 32, 36, 37
Bildung/Ausbildung	<ul style="list-style-type: none"> • Schulabschluss • Beruflicher Abschluss 	Standarddemographie	25, 26
Einkommen	<ul style="list-style-type: none"> • Zurechtkommen mit finanziellen Mitteln • Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung 	Standarddemographie	34, 35
Ethnische Herkunft/ Migrationshintergrund	<ul style="list-style-type: none"> • Zuwanderung nach Deutschland • Deutsche/Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit • Aufenthaltsdauer in Deutschland 	Eigene Entwicklung	27, 29, 30
Regionale Herkunft	<ul style="list-style-type: none"> • Leben im Gebiet der ehemaligen DDR 1989 	Eigene Entwicklung	28
Religionszugehörigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Religionszugehörigkeit 	Standarddemographie	33
Konstrukte im Kontext aktueller internationaler Ereignisse und Entwicklungen			
Besorgnisse und Ängste aufgrund gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen	Ausmaß der Besorgnis bezogen auf: <ul style="list-style-type: none"> • Klimawandel • Migration • Krieg • steigende Preise • rechts-, linksextremistische oder islamistische Anschläge 	Eigene Entwicklung (Brettfeld et al. 2021; Farren et al. 2022)	1 (1-7)
Antizipierte wirtschaftliche Belastungen und Einschränkungen	Erwartete Belastungen im Bereich: <ul style="list-style-type: none"> • Miete • Heizung und Strom • Grundnahrungsmittel • Arbeitsplatzsicherheit 	Eigene Entwicklung	2 (1-4)
Besorgnisse im Zusammenhang mit Ukraine-Krieg	Ausmaß der Besorgnis bezogen auf: <ul style="list-style-type: none"> • Angriff Russlands auf Deutschland • Russische Anschläge in Deutschland • Einsatz von Atomwaffen in Europa 	Eigene Entwicklung (Farren et al. 2022)	3 (1-3)

Fortsetzung Tabelle 7: Erhebungsinstrument MiDInt Oktober/November 2023:
Überblick zu Konstrukten, Items und deren Quellen

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Weltklimakonferenz	Einstellungen zur Weltklimakonferenz (Nov./Dez. 23) <ul style="list-style-type: none"> • Wichtig, alle Länder arbeiten zusammen • Sinnlos, da sowieso nichts passiert • Wichtig für Ausgleichsforderungen ärmerer Länder • Überflüssig, da Klimawandel nicht existiert • Sinnvoll, weckt Aufmerksamkeit der Politik 	Eigene Entwicklung	22 (1-5)
Bewertung des Klimawandels und von Klimaschutzbemühungen	<ul style="list-style-type: none"> • Gefahr, dass es endgültig zu spät sein könnte • Wichtigkeit von Klimaschutzmaßnahmen wird übertrieben • Aufhaltung des Klimawandels für lebenswerte Zukunft für Kinder und Enkel • Aufhaltung des Klimawandels zur Verhinderung des Anstiegs des Meeresspiegels • Verpflichtung von allen zur Einschränkung • Verstärken der Klimaschutzmaßnahmen zur Verhinderung von Dürren und Überschwemmungen • Wirksamer Klimaschutz als wichtigste Aufgabe der Menschheit • Wichtigere Probleme vorrangig 	Eigene Entwicklung	23 (1-8)
Zentrale abhängige Variablen			
Einstellungen zu politischer Gewalt	Akzeptanz des Einsatzes von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele <ul style="list-style-type: none"> • Bestimmte Konflikte in einer Demokratie müssen mit Gewalt ausgetragen werden • Notwendige gesellschaftliche Veränderungen nur mit gewaltvoller Revolution herbeiführbar • Gewaltsames Wehren gegen Vertreter des Systems manchmal notwendig • Gewalt manchmal notwendig zur Durchsetzung politischer Ziele • Sachbeschädigung zur Durchsetzung politischer Ziele gerechtfertigt • Gewalt gegen Personen zur Durchsetzung politischer Ziele gerechtfertigt • Gewalt gerechtfertigt zur Aufhaltung der Erderwärmung 	Westle 1998, eigene Entwicklung; Hirndorf 2023	12 (1-7)
Zufriedenheit mit deutscher Demokratie	Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland	Mitte-Studie 2022	4
Einstellungen zu Demokratie/ Demokratieskepsis	<ul style="list-style-type: none"> • Mit der Demokratie können wir Probleme lösen • Demokratie gehört abgeschafft • Parlamentarische Demokratie ist beste Staatsform • Demokratie führt zu faulen Kompromissen • Parteienvielfalt wichtig für funktionierende Demokratie • Heutige Demokratie ist eine gute Sache • Sorgen um Zukunft der Demokratie 	MiD 2021, MiD 2022 (Endtricht et al. 2022; Fischer et al. 2023)	5 (1-7)

Fortsetzung Tabelle 7: Erhebungsinstrument MiDInt Oktober/November 2023:
Überblick zu Konstrukten, Items und deren Quellen

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Unilateralismus/ Nationalismus	<p>Befürwortung/Ablehnung Einstellungen zu:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einfuhr ausländischer Produkte reduzieren • Verfolgung nationaler Interessen, auch wenn das Konflikte befördert • Fokus auf eigene Bürger anstatt auf andere Länder • Bevorzugung deutscher Firmen bei staatlichen Aufträgen • Nur internationales Engagement, wenn vorteilhaft • Eigene Politik entgegen Ansichten anderer Länder • Austritt aus der EU • Besser Ausbildung eigener junger Menschen anstatt Anwerbung ausländischer Fachkräfte 	Eigene Entwicklung in Anlehnung an ISSP 2013 (Scholtz & Jutz 2015)	11 (1-8)
Intoleranz, Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten	<p>Abwertung bestimmter Gruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausländerfeindlichkeit • Muslim-/Islamfeindlichkeit • Antisemitismus/Judenfeindlichkeit • Ablehnung von Geflüchteten und integrationsunterstützenden Maßnahmen 	Zick et al. 2019; Decker et al. 2022 und eigene Entwicklungen (Brettfeld et al. 2021; Fischer et al. 2023)	15 (1-10), 16 (1-6), 17 (1-8)
Israelkritik und israelfeindlicher Antisemitismus	<ul style="list-style-type: none"> • Legitime Kritik an israelischer Siedlungspolitik • Israelbezogener Antisemitismus/Negation des Existenzrechts des Staates Israel • Legitimierung israelischen Beschusses palästinensischer Wohngebiete als Selbstverteidigung • klassischer Antisemitismus (Juden sorgen immer für Unfrieden). 	Richter et al. 2023a	20 (1-4)
Akzeptanz israelkritischer und israelfeindlicher legaler und illegaler Protestformen und Forderungen	<ul style="list-style-type: none"> • Forderung nach Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten • Parole „Tod den Juden“ bei Demonstration • Parole „Tod Israel“ bei Demonstration • Verbrennen israelischer Staatsflagge • Boykott israelischer Produkte aus dem Westjordanland • Beendigung der Entwicklungshilfe für palästinensische Gebiete 	Richter et al. 2023a	21 (1-6)
Akzeptanz verschiedener Formen des zivilen Ungehorsams als Protestform	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an verbotener Demonstration • Hausbesetzungen • Versammlung vor Privathaus von Politiker • Politikern im Internet Gewalt androhen • Blockade des Straßenverkehrs • Festketten an Bäumen • Werfen von Steinen auf Polizisten • Öffentliches Verbrennen einer Staatsflagge • Öffentliches Verbrennen des Koran • Besprühen von Gebäuden/Fassaden mit Farbe 	Eigene Entwicklung	14 (1-10)
Erklärungsfaktoren auf individueller und sozialer Ebene			
Systemvertrauen	<p>Allgemeines Vertrauen in Institutionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gerichte • Polizei • Parteien • Regierung • Behörden • öffentlich-rechtliche Medien 	European Value Survey, angepasst (Brettfeld et al. 2021)	6 (1-6)

Fortsetzung Tabelle 7: Erhebungsinstrument MiDInt Oktober/November 2023:
Überblick zu Konstrukten, Items und deren Quellen

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Vertrauen in internationale Institutionen	Allgemeines Vertrauen in internationale Organisationen: <ul style="list-style-type: none"> • IStGH in Den Haag • EGMR in Straßburg • EU • NATO • UNO 	Eigene Entwicklung	7 (1-5)
Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger	Einschätzung der Kompetenzen von Entscheidungsträgern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik: <ul style="list-style-type: none"> • Interesse an Problemen • Fähigkeit zur Bewältigung von Problemen • Handeln gegen Interessen der Bevölkerung • Reden ohne Probleme zu lösen • Handeln ohne ausreichende Informationen 	Eigene Entwicklung (Brettfeld et al. 2021) und Neuentwicklungen	8 (1-5)
Kollektive Marginalisierung	Wahrgenommene Benachteiligungen der Eigengruppe: <ul style="list-style-type: none"> • Würdigung von Leistungen • Hindern beim Vorankommen im Leben • Geringschätzung durch andere • Benachteiligung bei Sozialleistungen • Respektlose Behandlung durch Behörden • Nicht ernst genommen werden von Politikern • Unfaire Behandlung durch Polizei • Ungerechte Beurteilung durch Gerichte • Ignoranz durch Medien 	Eigene Entwicklung (Endtricht et al. 2022; Fischer et al. 2023)	9 (1-9)
Erklärungsfaktoren auf individueller und sozialer Ebene			
Verschwörungsmentalität	<ul style="list-style-type: none"> • Politiker sind nur Marionetten • Einfluss geheimer Organisationen • Verbindung Medien und Politik • Klimastudien sind meist gefälscht • Einfluss von Großunternehmen 	Rees & Lamberty 2021; eigene Entwicklungen, Wetzels & Brettfeld 2022	13 (1-5)
Politische Orientierung	Sonntagsfrage	European Value Survey	10
Ausmaß und Art des Nachrichtenkonsums	Nutzung von Medien in Minuten pro Tag <ul style="list-style-type: none"> • Radio • Fernsehen • Zeitungen • Soziale Medien 	Eigene Entwicklung	24 (1-4)
Surveyexperiment			
Experimentalgruppenzuordnung	Auswirkungen der Wahrnehmung der aktuellen Eskalation des Nah-Ost-Konflikts und diesbezüglich Kriegsangst auf die Bewertung israelkritische Aussagen und Protestformen sowie Autokratieakzeptanz	Eigene Entwicklung	
3 Experimentalgruppen (Gruppe 1, 2 und 3) und Kontrollgruppe (Gruppe 4)	UV1: Nachricht über aktuelle Eskalation im Nah-Ost-Konflikt vom Anfang Oktober 2023 Gruppen 1 und 2: gleichlautende Nachricht Gruppen 3 und 4: keine Nachricht		

Fortsetzung Tabelle 7: Erhebungsinstrument MiDInt Oktober/November 2023:
Überblick zu Konstrukten, Items und deren Quellen

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
	UV2: Kriegsangst im Hinblick auf Nah-Ost-Konflikt und dessen Auswirkungen <ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung des Konflikts auf andere Länder • Deutschland gibt zu viel Geld für militärische Unterstützung aus • Einbezug Deutschlands in kriegerische Konflikte • Einsatz der Bundeswehr in Israel • Anschläge in Deutschland durch Unterstützer der Hamas • Einsatz von Atomwaffen Gruppen 1 und 3: Vorlage der Itematterie Gruppen 2 und 4: Keine Vorlage		18 (1-6)
Abhängige Variable	Krisenbezogene Autokratieakzeptanz <ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung des Einflusses des Parlaments • Befürwortung Diktatur • Handlungsfähigkeit durch Gerichte nicht durch Gerichte einschränken • Ablehnung langer Debatten/Meinungsvielfalt • Wunsch nach starkem politischen Führer • Ablehnung von Kritik an Politikern durch Journalisten • Wunsch nach einziger starker Partei 		19 (1-7)

Literatur

- Agnew, R. (2006). *Pressured into crime: An overview of general strain theory*. New York: Oxford University Press.
- Agnew, R. (2017). General Strain Theory and Terrorism. In G. LaFree & J. D. Freilich (Hrsg.), *The Handbook of the Criminology of Terrorism*, (S. 121-132). Chichester: Wiley.
- BAMF (2022). Aktuelle Zahlen: Ausgabe November 2022, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, online: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-november-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=3.
- Brettfeld, K., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2023a). Perspektiven auf die Klimakrise: Verbreitung von Sorgen wegen des Klimawandels und Einstellungen zur Weltklimakonferenz 2022. *MOTRA-Spotlight 01/23*. Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.57671/motra-2023001>
- Brettfeld, K., Farren, D., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2023b). Menschen in Deutschland: International (MiDInt). Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 1 (Nov. 2022). MOTRA-Forschungsbericht No. 7 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11564>
- Brettfeld, K., Farren, D., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2023c): Besorgnisse wegen der Folgen des Klimawandels, Akzeptanz von Maßnahmen zum Klimaschutz und Einstellungen zu Regelverletzung und zivilem Ungehorsam als Protestformen. *MOTRA-Spotlight 04/23*. Hrsg. von: MOTRA-Verband, Hamburg und Wiesbaden. <https://doi.org/10.57671/motra-2023004>
- Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022a). Studie „Menschen in Deutschland 2021“. Sorgen und Verunsicherungsgefühle angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen, Vertrauen in Staat und Politik sowie Betroffenheit durch Intoleranz und Diskriminierung. *MOTRA-Spotlight 01/22*. Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.57671/motra-2022001>
- Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022b). Die Studie „Menschen in Deutschland 2021“. Erkenntnisse zu Verbreitung und Hintergründen rechtsextremer Einstellungen in der erwachsenen Wohnbevölkerung im Jahr 2021. *MOTRA-Spotlight 02/22*. Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.57671/motra-2022002>
- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2021). Menschen in Deutschland 2021. *Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Entwicklung, Inhalt und Aufbau des Erhebungsinstruments*. MOTRA Forschungsbericht No. 1 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10257>.
- Bruder, M., Haffke, P., Neave, N., Nouripanah, N., Imhoff, R. (2013). Measuring individual differences in generic beliefs in conspiracy theories across cultures: conspiracy mentality questionnaire. *Frontiers in Psychology*, 4(225), 1-15. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2013.00225>
- Davis, D. W. & Silver, B. D. (2004). Civil Liberties vs. Security: Public Opinion in the Context of the Terrorist Attacks on America. *American Journal of Political Science*, 48 (1), 28-46. <https://doi.org/10.1111/j.0092-5853.2004.00054>.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2022). Die Leipziger Autoritarismusstudie 2022 : Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In : O. Decker, J. Kies, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, (S.31-90). Gießen : Psychosozial-Verlag.
- DBK Deutsche Bischofskonferenz (2020). *Katholische Kirche in Deutschland. Zahlen und Fakten 2019/2020*. Arbeitshilfen, 315. Bonn.
- Duckitt, J. (2013). Introduction to the special section on authoritarianism in societal context: The role of threat. *International Journal of Psychology*, 48 (1), 1-5. <https://doi.org/10.1080/00207594.2012.738298>
- EKD - Evangelische Kirche in Deutschland (2020). *Gezählt 2020. Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben*. Hannover: EKD
- Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022). Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Durchführung und Rücklauf der Erhebung - Methodenbericht. MOTRA Forschungsbericht No. 2 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10259>.

- Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2022). *Junge Menschen in Deutschland 2022. Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrumente und Codebuch der repräsentativen Befragung JuMiD 2022. MOTRA Forschungsbericht No. 5 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft.* Hamburg: Universität Hamburg. <http://doi.org/10.25592/uhhfdm.10834>
- Fischer, J.M.K. & Farren, D. (2023) Männliche Opfernarrative und rechtsextreme Einstellungen bei jungen Menschen: Validierung und Anwendung eines Instrumentes zur Erfassung maskulistischer Bedrohungsgefühle. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 106 (2), 57-72. <https://doi.org/10.1515/mks-2022-0017>
- Fischer, J.M.K., Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R. & Wetzels, P. (2023). *Menschen in Deutschland 2022. Zweite Welle der bundesweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch. MOTRA Forschungsbericht No. 6. aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft.* Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11415>
- Fischer, J.M.K., Endtricht, R. & Farren, D. (2022). Die Bedeutung kollektiver Marginalisierung und negativer sozialer Emotionen für die Erklärung extremismusaffiner politischer Einstellungen: Eine empirische Untersuchung auf Basis der General Strain Theory. *Rechtspsychologie* 8 (2), 173-195. <https://doi.org/10.5771/2365-1083-2022-2-173>
- Hirndorf, D. (2023). Radikal fürs Klima? Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von radikalen Einstellungen zum Thema Klimaschutz in der deutschen Bevölkerung. *Monitor Wahl- und Sozialforschung, Februar 2023.* Berlin : Konrad-Adenauer-Stiftung. <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/radikal-fuers-klima>
- Imhoff, R. & Bruder, M. (2014). Speaking (un-)truth to power: conspiracy mentality as a generalized political attitude. *European Journal of Personality*, 28, 25-43 (2014). <https://doi.org/10.1002/per.1930>
- Imhoff, R., Zimmer, F., Klein, O., António, J. H. C., Babinska, M., Bangerter, A., Bilewicz, M., Blanusa, N., Bovan, K., Buzarovska, R., Cichocka, A., Delouvé, S., Douglas, K. M., Dyrendal, A., Etienne, T., Gjonneska, B., Graf, S., Gualda, E., Hirschberger, G., Kende, A., Kutiyski, Y., Krekó, P., Krouwel, A., Mari, S., Dordević, J. M., Panasiti, M. S., Pantazi, M., Petkovski, L., Porciello, G., Rabelo, A., Radu, R. N., Sava, F. A., Schepisi, M., Sutton, R. M., Swami, V., Thórisdóttir, H., Turjacanin, V., Wagner-Egger, P., Zezelj, I., van Prooijen, J-W. (2022). Conspiracy mentality and political orientation across 26 countries. *Nature Human Behaviour*, 6, 392-403. <https://doi.org/10.1038/s41562-021-01258-7>
- Kleinschnittger, J., Farren, D., Brettfeld, K., Richter, T. & Wetzels, P. (2023a). *Menschen in Deutschland: International (MiDInt). Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungs-instrument und Codebuch zu Welle 2 (Feb. 2023).* MOTRA-Forschungsbericht No. 8 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11836>
- Kleinschnittger, J., Richter, T., Brettfeld, K. (2023b). Bewertungen der 27. Weltklimakonferenz und mögliche Einflussfaktoren. *Vortrag auf der MOTRA-K 2023*, Wiesbaden, 1. März 2023. <https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/media/vortrag-motra-k2023-klima-jk-tr-kb.pdf>
- Kleinschnittger, J., Richter, T. Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2023c). Menschen in Deutschland: International (MiDInt). Ein neues Monitoringinstrument der MOTRA-Familie. In: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, S. Hutter & D. Rieger (Hrsg.). *MOTRA Monitor 2022*, (S. 210 - 225). Wiesbaden: BKA.
- Lamberty, P. & Rees, J. (2021). Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021*, (S. 283-299). Bonn: J.H.W. Dietz.
- Nachtwey, O., Schäfer, R. & Frei, N. (2020). *Politische Soziologie der Corona-Protteste. Grundausswertung.* Basel: Universität Basel, Institut für Soziologie. <https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/>
- Pfündel, K., Stichs, A. & Tanis, K. (2021). *Muslimisches Leben in Deutschland.* Berlin: BAMF. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb38-muslimisches-leben.pdf?__blob=publicationFile&v=15
- Rees, J.H. & Lamberty, P. (2019). Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmythen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (Hrsg.), *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände* (S. 203-222). Bonn: J.H.W. Dietz.
- Reinhardt, P., Frings, C. Was determiniert Einstellungen zu den Folgen der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland? Ergebnisse auf Basis des GESIS-Panels 2016. *Politische Vierteljahresschrift* 61, 701-724 (2020). <https://doi.org/10.1007/s11615-020-00254-2>

- Richter, T., Brettfeld, K., Farren, D., Wetzels, P. & Kleinschnittger, J. (2024). Konflikteskalation im Westjordanland und antisemitisches, israelfeindliches Protestverhalten : Experimentelle Befunde. *Rechtspsychologie* (im Druck).
- Richter, T., Brettfeld, K., Wetzels, P., Kleinschnittger, J. & Farren, D. (2023a). Menschen in Deutschland: International (MiDInt) Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 3 (April/Mai 2023). MOTRA-Forschungsbericht No. 9 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.12625>
- Richter, T., Kleinschnittger, J., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2023b). Bedrohung und Integration: Einstellungen zu Flüchtlingen in Deutschland. GIGA-Fokus Global: Nr. 1/2023. <https://doi.org/10.57671/gfgl-23011>
- Richter, T., Wetzels, P., Farren, D. & Brettfeld, K. (2023c). Der Ukrainekrieg: Kriegsängste, die Akzeptanz von Waffenlieferungen und Autokratieakzeptanz in Deutschland. *Russland-Analysen*, Nr. 437 vom 26.05.2023, S. 8-10. <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/437/der-ukrainekrieg-kriegsaengste-die-akzeptanz-von-waffenlieferungen-und-autokratieakzeptanz-in-deutschland/>
- Richter, T., Brettfeld, K., Greipl, S., Hohner, J., Hunger, S., Kanol, E., El Masri, M. & Wetzels, P. (2022). Auswirkungen des Gaza-Krieges 2021 auf Deutschland: Eine mehrdimensionale Analyse des Radikalisierungsgeschehens. In U. Kemmesies., P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Gran-de, C. Büscher & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021*, (S. 222-247). Wiesbaden: BKA. https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA
- Schneider, R.C. (2023). *Die Sache mit Israel. Fünf Fragen zu einem komplizierten Land*. München : Deutsche Verlagsanstalt.
- Schoen, H. (2006). Beeinflusst Angst politische Einstellungen? Eine Analyse der öffentlichen Meinung während des Golfkriegs 1991. *Politische Vierteljahresschrift*, 441-464.
- Scholz, E., & Jutz, R. (2015). *ISSP 2013 Germany: National Identity III ; GESIS Report on the German Study*. (GESIS Papers, 2015/14). Köln: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.21241/ssoar.44011>
- Statistisches Bundesamt (2022a), GENESIS-Online: Schutzsuchende (12531-0001), <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>
- Statistisches Bundesamt (2022b), Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Geschlecht. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/liste-migrationshintergrund-geschlecht.html>.
- Statistisches Bundesamt (2022c), Ukraine: Gesellschaft. <https://www.destatis.de/DE/Im-Fokus/Ukraine/Gesellschaft/inhalt.html>
- Statistisches Bundesamt (2020a). *Bildungsstand der Bevölkerung - Ergebnisse des Mikrozensus 2019*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2020b). *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2020*. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- SVR (2022), *Integrationsklima 2022: Leicht verbessert mit einzelnen Eintrübungen, SVR-Integrationsbarometer*, Berlin: Sachverständigenrat für Integration und Migration. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2022/12/SVR_Integrationsbarometer_2022_Barrierefrei.pdf.
- Völker, T. (2023): "How Terrorist Attacks Distort Public Debates. A Comparative Study of Right-wing and Islamist Extremism". *Journal of European Public Policy*, advance access, 19.10.2023. <https://dx.doi.org/10.1080/13501763.2023.2269194>.
- Westle, B. (1998). Konsens und Konflikt als Elemente der pluralistischen Demokratie: zum Demokratieverständnis von West- und Ostdeutschen. *ZUMA Nachrichten*, 22(43), 116-133.
- Wetzels, P., Richter, T., Farren, D. & Brettfeld, K. (2023a): Einstellungen zu den Protesten wegen Menschenrechtsverletzungen im Iran und deren Zusammenhänge mit Muslimfeindlichkeit in Deutschland. *MOTRA-Spotlight 03/23*. Hrsg. von: MOTRA-Verbund, Hamburg und Wiesbaden. <https://doi.org/10.57671/motra-2023003>
- Wetzels, P., Richter, T., Farren, D. & Brettfeld, K. (2023b): Einstellungen zu Waffenlieferungen an die Ukraine und die Verbreitung von Kriegsängsten in Deutschland. *MOTRA-Spotlight 05/23*. Hrsg. von: MOTRA-Verbund, Hamburg und Wiesbaden. <https://doi.org/10.57671/motra-2023005>
- Wetzels, P., Richter, T., Kleinschnittger, J., Brettfeld, K. & Farren, D. (2023c). *Menschen in Deutschland: International (MiDInt). Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 4 (Juli/August 2023)*. MOTRA-Forschungsbericht No. 11 aus dem Institut für Kriminologie an

- der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.13184>
- Wetzels, P., Fischer, J.M.K., Farren, D., Brettfeld, K. & Endtricht, R. (2023d). *Menschen in Deutschland 2023. Dritte Welle der bundesweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch*. MOTRA Forschungsbericht No. 12 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10507>.
- Wetzels, P. & Brettfeld, K. (2022). *Auswirkungen verschwörungstheoretisch konnotierter Formen der Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien im Kontext der COVID-19 Pandemie auf demokratieablehnende Einstellungen sowie Intoleranz und Vorurteile*. MOTRA Forschungsbericht No. 3 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10261>.
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D. & Fischer, J.M.K. (2022a). *Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen sowie Konfrontationen mit Intoleranz und politischem Extremismus in Deutschland 2021*. MOTRA Forschungsbericht No. 4 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
<https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10507>.
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Fischer, J.M.K. & Farren, D. (2022b). Zur Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland: Befunde der repräsentativen Befragung "Menschen in Deutschland 2021". In: Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021*, (S. 72-103). Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2> 2022 MOTRA
- Zick, A., Berghan, W. & Mokros, N. (2019). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2018/19. In: A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.), *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, (S. 53- 116). Bonn: Dietz.

Menschen in Deutschland: International

Oktober 2023

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Vielen Dank für Ihre Bereitschaft, an der Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) teilzunehmen.

In Deutschland und der Welt finden gegenwärtig Ereignisse und Veränderungen statt, die viele Menschen in Deutschland bewegen und die sie zum Teil auch ganz persönlich betreffen.

Bei den folgenden Fragen geht es um Ihre persönlichen Ansichten zu aktuellen politischen Ereignissen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und in anderen Ländern. Dabei gibt es keine richtigen oder falschen Antworten. Es geht immer nur um Ihre ganz persönliche Meinung, Ihre Einschätzungen und Wünsche.

Die Befragung erfolgt anonym. Wir versichern Ihnen, dass jede Information, die Sie uns mitteilen, streng vertraulich behandelt und nur im Rahmen unseres Forschungsvorhabens verwendet wird.

Die Beantwortung des Fragebogens wird etwa 15 Minuten Ihrer Zeit in Anspruch nehmen. Mit dem "Weiter" - Button kommen Sie zur nächsten Frage.

Wir möchten Sie bitten, die Fragen alleine zu beantworten.

Vielen Dank für Ihre Mühe!

Formularende

Gegenwärtig gibt es viele gesellschaftliche Veränderungen und Herausforderungen. Viele Menschen machen sich darüber Gedanken. Wie ist das bei Ihnen?

1. Inwieweit sind Sie über folgende Herausforderungen und deren mögliche Auswirkungen besorgt?

	besorgt mich gar nicht	besorgt mich kaum	besorgt mich etwas	besorgt mich sehr
Die Folgen des Klimawandels für unseren Alltag.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Das Ausmaß des Zuzugs von Flüchtlingen in unser Land.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es bei uns zu rechtsextremistischen Anschlägen kommen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es in Deutschland zu einem Krieg kommen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass die Preise weiter steigen könnten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es bei uns zu islamistischen Anschlägen kommen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es bei uns zu linksextremistischen Anschlägen kommen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

2. Wenn Sie nun an die möglichen Entwicklungen in den nächsten 6 Monaten denken: Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass bei Ihnen persönlich in den nächsten 6 Monaten folgende Dinge passieren?

<i>Dass ich ...</i>	sehr unwahrscheinlich	unwahrscheinlich	wahrscheinlich	sehr wahrscheinlich
... meine Miete nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... Heizung und Strom nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... mich beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln einschränken muss, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... meinen Arbeitsplatz verliere, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

3. Seit Beginn des Ukraine-Krieges wird in Politik und Medien diskutiert, welche Auswirkungen dieser Krieg auf das Leben der Menschen in Deutschland und anderen Teilen der Welt haben könnte. Bitte geben Sie an, wie sehr folgende Dinge ihnen Sorgen bereiten.

	besorgt mich gar nicht	besorgt mich kaum	besorgt mich etwas	besorgt mich sehr
Dass Russland einen militärischen Angriff auf Deutschland starten könnte, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass Russland Anschläge auf Einrichtungen in Deutschland durchführen könnte, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es in Europa zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen könnte, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

4. Bitte geben Sie an, wie zufrieden sie mit der Demokratie sind, wie wir sie aktuell in Deutschland haben.

	sehr unzufrieden	eher unzufrieden	eher zufrieden	sehr zufrieden
Mit der Demokratie, wie wir sie derzeit in Deutschland haben bin ich...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

5. Menschen haben unterschiedliche Meinungen zu Demokratie. Wie ist das mit Ihnen? Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in Deutschland haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Demokratie gehört eigentlich abgeschafft.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die parlamentarische Demokratie ist noch immer die beste Staatsform.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Für eine funktionierende Demokratie ist es wichtig, dass es eine Vielfalt von politischen Parteien gibt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Demokratie, so wie wir sie heute in Deutschland haben, ist eine gute Sache.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich mache mir Sorgen um die Zukunft unserer Demokratie.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

6. Bitte geben Sie nun an, wie viel Vertrauen Sie in die folgenden Einrichtungen in Deutschland haben.

→ Die 1 steht für „überhaupt kein Vertrauen“ und 6 bedeutet „volles Vertrauen“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

	überhaupt kein Vertrauen					volles Vertrauen
Wieviel Vertrauen haben Sie in ...	1	2	3	4	5	6
... die Gerichte	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die Polizei	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die politischen Parteien	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die Regierung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die Behörden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... öffentlich-rechtliche Medien	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

7. Und wie viel Vertrauen haben Sie in die folgenden internationalen Organisationen?

→ Die 1 steht für „überhaupt kein Vertrauen“ und 6 bedeutet „volles Vertrauen“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

	überhaupt kein Vertrauen					volles Vertrauen
Wieviel Vertrauen haben Sie in ...	1	2	3	4	5	6
... den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die Europäische Union	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die NATO	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... die UNO	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

8. Für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und Probleme sind unter anderem Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zuständig. Wie schätzen Sie deren Handeln im Allgemeinen ein? Geben Sie bitte an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

Die Entscheidungsträger in unserem Land ...	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
... sind an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... sind unfähig, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... handeln oft gegen die Interessen der Bevölkerung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... reden bloß und lösen die Probleme nicht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
... handeln oft, ohne sich vorher ausreichend informiert zu haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

9. Manche Menschen haben hier bei uns in Deutschland Situationen erlebt, in denen sie selbst oder Personen aus der Bevölkerungsgruppe, der sie angehören, schlecht behandelt oder benachteiligt wurden. Wie ist das bei Ihnen? In welchem Maß stimmen Sie den nachfolgenden Aussagen zu?

Hier bei uns werden Menschen wie ich ...	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
für ihre Leistungen nicht gewürdigt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
daran gehindert, im Leben voranzukommen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
von anderen oft geringgeschätzt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
bei Sozialleistungen benachteiligt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
von Behörden respektlos behandelt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
von den Politikern nicht ernst genommen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
von der Polizei unfair behandelt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
von den Gerichten ungerecht beurteilt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
mit ihren Problemen von den Medien ignoriert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Nun stellen wir Ihnen einige Fragen zu verschiedenen politischen Themen

10. Welche Partei würden Sie am ehesten wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

→ Bitte antworten Sie auch, wenn Sie nicht wahlberechtigt sind.
Bitte geben Sie nur eine Partei an!

CDU/CSU	<input type="radio"/>
SPD	<input type="radio"/>
Bündnis 90/Die Grünen	<input type="radio"/>
FDP	<input type="radio"/>
Die Linke	<input type="radio"/>
AfD	<input type="radio"/>
Eine andere Partei, nämlich: _____	<input type="radio"/>
Ich würde nicht wählen.	<input type="radio"/>

11. Nun einige Fragen zu den Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Ländern. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Deutschland sollte die Einfuhr ausländischer Produkte beschränken, um seine eigene Wirtschaft zu schützen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte seine eigenen Interessen verfolgen, auch wenn dies zu Konflikten mit anderen Ländern führt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Politik in Deutschland sollte sich mehr um die eigenen Bürger kümmern und weniger um andere Länder.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bei staatlichen Aufträgen sollten bei uns deutsche Firmen bevorzugt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte sich nur international engagieren, wenn das vorteilhaft für uns ist.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte seine eigene Politik machen, auch wenn andere Länder das anders sehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte aus der EU austreten, damit wir unsere eigenen Interessen besser verfolgen können.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte seine jungen Menschen besser ausbilden, bevor ausländische Fachkräfte angeworben werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

12. Nun folgen einige Aussagen zur Rolle von Gewalt in einer demokratischen Gesellschaft. Manche Menschen stimmen den nachfolgenden Aussagen zu, manche Menschen lehnen diese Aussagen ab. Wie ist das bei Ihnen?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die notwendigen Veränderungen in dieser Gesellschaft können nur durch eine gewaltsame Revolution herbeigeführt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Manchmal muss man sich gegen die Vertreter des Systems mit Gewalt zur Wehr setzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Auch in einer Demokratie ist es manchmal notwendig Gewalt anzuwenden, um seine politischen Ziele durchzusetzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sachbeschädigung ist bei der Durchsetzung von politischen Zielen gerechtfertigt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Gewalt gegen Personen ist bei der Durchsetzung von politischen Zielen gerechtfertigt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wenn es darum geht die Erderwärmung aufzuhalten, ist die Ausübung von Gewalt berechtigt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

13. Jetzt geht es darum, wer bei uns in Deutschland politische Entscheidungen beeinflusst. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politische Entscheidungen werden in Wirklichkeit durch Banken und Großunternehmen bestimmt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Studien, die einen Klimawandel belegen, sind meist gefälscht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Medien und Politik stecken unter einer Decke.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

14. Bei uns kommt es immer wieder vor, dass Menschen mit der Politik unzufrieden sind und protestieren. Bitte geben Sie an, wie Sie die folgenden Verhaltensweisen bewerten.

→ Die Antwortmöglichkeiten reichen von -3 (so etwas finde ich völlig falsch) bis zu +3 (so etwas finde ich völlig richtig). Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

	finde ich völlig falsch						finde ich völlig richtig
	-3	-2	-1	0	+1	+2	+3
An einer Demonstration teilnehmen, obwohl diese vom Gericht verboten wurde	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Aus politischen Gründen ein öffentliches Gebäude besetzen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sich nachts vor dem Haus eines Politikers versammeln und diesen laut beschimpfen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politiker anonym im Internet mit Gewalt bedrohen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Den Straßenverkehr zu blockieren, um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu fordern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sich an einem Baum festketten, um ein Bauvorhaben zu verhindern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bei einer Demonstration Polizeibeamte mit Steinen bewerfen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Aus Protest öffentlich eine Staatsflagge verbrennen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Protestparolen mit Farbe auf Gebäude oder Fassaden sprühen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Aus Protest öffentlich den Koran verbrennen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Im Folgenden geht es um Ihre Meinung zum Zusammenleben von Menschen verschiedener Länder und Kulturen in Deutschland.

15. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Die Vermischung so vieler Menschen verschiedener Kulturen in Deutschland kann nicht gut gehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Juden sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Juden kann man nicht trauen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ausländer bereichern Deutschland durch neue Ideen und Kulturen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ausländer haben in Deutschland zu viel Einfluss.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ausländern kann man nicht trauen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es gibt zu viele Juden in Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

16. In Deutschland leben viele Menschen muslimischen Glaubens aus unterschiedlichen Ländern. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Muslime sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es gibt zu viele Muslime in Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Muslime haben in Deutschland zu viel Einfluss.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Muslime passen nicht so recht zu uns.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Muslimen kann man nicht trauen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

17. Bitte geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen über die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland zustimmen.

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Wir sollten in Deutschland keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schul- und Berufsabschlüsse von Flüchtlingen sollten in Deutschland unbürokratischer anerkannt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Flüchtlinge bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte in Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Nach Deutschland geflüchtete Menschen sollten schneller bei uns eingebürgert werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Durch die Zuwanderung von Flüchtlingen kommen vor allem mehr Gewalttäter in unser Land.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich fände es gut, wenn in meiner Nachbarschaft Wohnraum für geflüchtete Menschen zur Verfügung gestellt würde.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Flüchtlinge, die hier leben, schaden unserer Wirtschaft mehr, als dass sie nutzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Flüchtlinge sollten so schnell wie möglich die Erlaubnis erhalten, hier zu arbeiten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Split 1:

Vor Kurzem erschien in verschiedenen Tageszeitungen folgende Meldung:

Nach Terrorangriffen der radikal-islamistischen Hamas auf Israel Anfang Oktober 2023 gab es nach wenigen Tagen bereits mehr als tausend Tote und über dreitausend Verletzte unter der israelischen Zivilbevölkerung. Die militärischen Gegenschläge Israels forderten tausende Tote und Verletzte unter den Palästinensern im Gaza-Streifen.

Als Reaktion auf die Angriffe der Hamas erklärte die Bundesregierung, dass sie fest an der Seite Israels steht und dem Land alle erforderliche Unterstützung zukommen lassen wird. Von Seiten mehrerer unabhängiger Forschungsinstitute wurde nachdrücklich davor gewarnt, dass sich dieser Krieg sehr schnell ausweiten könnte, mit massiven Folgen auch für Deutschland.

Split 2:

Vor Kurzem erschien in verschiedenen Tageszeitungen folgende Meldung:

Nach Terrorangriffen der radikal-islamistischen Hamas auf Israel Anfang Oktober 2023 gab es nach wenigen Tagen bereits mehr als tausend Tote und über dreitausend Verletzte unter der israelischen Zivilbevölkerung. Die militärischen Gegenschläge Israels forderten tausende Tote und Verletzte unter den Palästinensern im Gaza-Streifen.

Als Reaktion auf die Angriffe der Hamas erklärte die Bundesregierung, dass sie fest an der Seite Israels steht und dem Land alle erforderliche Unterstützung zukommen lassen wird. Von Seiten mehrerer unabhängiger Forschungsinstitute wurde nachdrücklich davor gewarnt, dass sich dieser Krieg sehr schnell ausweiten könnte, mit massiven Folgen auch für Deutschland.

Split 3:

Split 4:

18. **(Diese Items nur in Split 1 und 3)**

Zur Zeit wird in Politik und Medien diskutiert, welche Auswirkungen der Krieg im Nahen Osten auf das Leben der Menschen in Deutschland und anderen Teilen der Welt haben könnte. Bitte geben Sie an, wie viel Angst Ihnen folgende Entwicklungen machen.

	keine Angst	etwas Angst	große Angst	sehr große Angst
Dass es zu einer Ausweitung des Konflikts im Nahen Osten auf andere Länder kommt, macht mir ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass Deutschland zu viel Geld für die militärische Unterstützung Israels ausgibt, macht mir ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass Deutschland in die kriegerischen Konflikte hineingezogen wird, macht mir ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es zum Einsatz der Bundeswehr in Israel kommt macht mir ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass Unterstützer der Hamas Anschläge in Deutschland durchführen, macht mir ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es zu einem Einsatz von Atomwaffen kommt, der auch Auswirkungen auf uns hat, macht mir ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

19. **Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zur Politik in Deutschland zustimmen.**

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Im Interesse einer starken politischen Führung in Deutschland sollte der Bundestag aktuell weniger Einfluss haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Im nationalen Interesse wäre in der aktuellen Lage eine Diktatur die bessere Staatsform.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
In der aktuellen Lage darf die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte eingeschränkt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt können wir uns aktuell nicht leisten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Aufgrund der aktuellen Lage sollte der Staat einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Aktuell sollten sich Journalisten mit Kritik an Politikern, die Probleme aktiv anpacken, zurückhalten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Was Deutschland heute braucht, ist eine einzige starke Partei, die das Land regiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

20. Bitte geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Die Siedlungspolitik Israels im Westjordanland verletzt internationale Abkommen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Den Juden hätte es nie erlaubt werden sollen, einen eigenen Staat Israel zu gründen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Beschluss palästinensischer Wohngebiete ist eine berechnete Form der Selbstverteidigung Israels.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Juden sorgen immer für Unfrieden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

21. Wegen der Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern ist es auch in Deutschland zu Protesten gekommen. Bitte geben Sie an, in welchem Maße Sie die folgenden Forderungen und Verhaltensweisen richtig oder falsch finden.

→ Die Antwortmöglichkeiten reichen von -3 (so etwas finde ich völlig falsch) bis zu +3 (so etwas finde ich völlig richtig). Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

	finde ich völlig falsch						finde ich völlig richtig
	-3	-2	-1	0	+1	+2	
Zu fordern, dass Israel sich aus den besetzten Gebieten zurückzieht, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Während einer Demonstration „Tod den Juden“ zu rufen, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Während einer Demonstration „Tod Israel“ zu rufen, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Das Verbrennen einer Flagge des Staates Israel bei einer Demonstration ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ein Boykott israelischer Produkte aus dem Westjordanland ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Zahlung von Entwicklungshilfe für die palästinensischen Gebiete zu beenden, ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Jetzt zu einem ganz andren Thema.

- 22. Ende November findet in Dubai die nächste Weltklimakonferenz statt. Wie ist Ihre Meinung dazu? Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.**

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Diese Konferenz ist sehr wichtig, damit endlich alle Länder der Welt wirklich etwas gegen den Klimawandel tun.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Klimakonferenzen halte ich für sinnlos, da wird nur geredet und nachher passiert sowieso nichts.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Konferenz ist sehr wichtig, damit die ärmeren Länder Ausgleichszahlungen für eingetretene Klimaschäden einfordern können.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Konferenz ist überflüssig, da es einen Klimawandel gar nicht gibt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Diese Konferenz ist sinnvoll, weil dadurch die Politik dem Klimawandel mehr Aufmerksamkeit schenkt und das Problem ernsthaft angeht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

- 23. Im Folgenden finden Sie einige Aussagen zum Klimawandel und Klimaschutz. Bitte geben Sie an, wie sehr Sie diesen Aussagen zustimmen.**

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Wir müssen schnell etwas gegen den Klimawandel tun, weil es sonst bald endgültig zu spät ist.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Klimaschutzmaßnahmen sind in Wirklichkeit gar nicht so wichtig, wie viele behaupten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Klimawandel muss aufgehalten werden, damit unsere Kinder und Enkel eine lebenswerte Zukunft haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir müssen hier und heute Maßnahmen gegen den Klimawandel treffen, um den Anstieg des Meeresspiegels aufzuhalten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir alle sind verpflichtet uns einzuschränken, damit Klimaschutz erfolgreich sein kann.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es ist nötig Klimaschutzmaßnahmen zu verstärken, damit es weniger Dürren oder Überschwemmungen auf der Welt gibt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Umsetzung wirksamer Maßnahmen zum Klimaschutz gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Menschheit.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bevor wir Maßnahmen zum Klimaschutz umsetzen, sollten wichtigere Probleme gelöst werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

24. Menschen informieren sich über Dinge, die in der Welt passieren, meistens aus den Nachrichten. Wie ist das bei Ihnen? Bitte geben Sie an, wieviele Minuten pro Tag Sie ungefähr damit verbringen, Nachrichten in den folgenden Medien zu sehen, zu hören, oder zu lesen.

Nachrichten im Radio ...	_____
Nachrichten im Fernsehen ...	_____
Nachrichten in Zeitungen ...	_____
Nachrichten in sozialen Medien ...	_____

Zum Abschluss noch einige Fragen zu Ihrer Person

25. Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?

- Abitur oder Hochschulreife (z.B. Gymnasium, erweiterte Oberschule (EOS), Fachoberschule)
- Mittlere Reife (z.B. Realschule, Polytechnische Oberschule (POS))
- Haupt- oder Volksschule
- Keinen Abschluss

26. Welchen höchsten beruflichen Abschluss haben Sie?

- zur Zeit in beruflicher Ausbildung (Student/in, Lehre, AZUBI, BVJ, Praktikant/in)
- Lehre (beruflich/betriebliche Ausbildung)
- Fachschule (Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Fachakademie)
- Fachhochschule, Ingenieurschule
- Universität oder Hochschule
- einen anderen beruflichen Abschluss, nämlich _____
- keinen beruflichen Abschluss

27. Sind Sie oder Ihre Eltern nach Deutschland zugewandert?

- Ja, ich selbst
- Ja, meine Eltern (beide Eltern oder ein Elternteil)
- Nein, weder meine Eltern noch ich selbst

28. Lebten Sie oder Ihre Eltern im Jahr 1989 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR?

- Ja, ich selbst
- Ja, meine Eltern (beide Eltern oder ein Elternteil)
- Ja, sowohl meine Eltern (beide Eltern oder ein Elternteil) als auch ich selbst
- Nein, weder meine Eltern noch ich selbst

29. Welche Staatsangehörigkeit haben Sie? Bitte machen Sie hier nur eine Angabe.

- Ich habe nur die deutsche Staatsangehörigkeit
- Ich habe sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit
- Ich habe nur eine ausländische Staatsangehörigkeit.

30. Seit wie vielen Jahren leben Sie in Deutschland?

- Seit meiner Geburt
- Seit etwa _____ Jahren

31. Welches Geschlecht haben Sie?

- männlich
- weiblich
- divers

32. Bitte geben Sie Ihr Alter in Jahren an.

Ich bin _____ Jahre alt.

33. Bitte geben Sie an, welcher Religion Sie angehören oder sich am ehesten zugehörig fühlen.

- Einer christlichen Religion
(z.B. Protestanten, Katholiken, Orthodoxe, evangelisch-freikirchliche Christen)
- Einer islamischen Religion
(z.B. Sunniten, Schiiten, Aleviten, Ahmadi)
- Einer anderen Religion
(z.B. Juden, Buddhisten, Hinduisten)
- Keiner Religion

34. Wie gut kommen Sie mit dem Geld zurecht, das Ihnen im Monat zur Verfügung steht?

→ Bitte geben Sie die zutreffende Zahl an.

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
sehr schlecht	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	sehr gut

35. Erhalten Sie Arbeitslosengeld oder staatliche Unterstützung
(z.B. Bürgergeld, Hartz IV oder Sozialhilfe)?

- Nein
- Ja

36. In welchem Bundesland leben Sie zur Zeit?

Baden-Württemberg	<input type="radio"/>
Bayern	<input type="radio"/>
Berlin	<input type="radio"/>
Brandenburg	<input type="radio"/>
Bremen	<input type="radio"/>
Hamburg	<input type="radio"/>
Hessen	<input type="radio"/>
Mecklenburg-Vorpommern	<input type="radio"/>
Niedersachsen	<input type="radio"/>
Nordrhein-Westfalen	<input type="radio"/>
Rheinland-Pfalz	<input type="radio"/>
Saarland	<input type="radio"/>
Sachsen	<input type="radio"/>
Sachsen-Anhalt	<input type="radio"/>
Schleswig-Holstein	<input type="radio"/>
Thüringen	<input type="radio"/>

37. Wie viele Einwohner hat der Ort, in dem Sie zur Zeit leben ungefähr?

weniger als 50.000 Einwohner	<input type="radio"/>
mindestens 50.000 aber weniger als 100.000 Einwohner	<input type="radio"/>
mindestens 100.000 aber weniger als 500.000 Einwohner	<input type="radio"/>
mindestens 500.000 Einwohner	<input type="radio"/>

Haben Sie vielen Dank für die Teilnahme an unserer Untersuchung.

Hinweis:

Haben Sie vielen Dank für die Teilnahme an unserer Untersuchung! Wir haben Ihnen im Rahmen dieser Umfrage eine Nachricht zu der militärischen Eskalation der Situation im Nahen Osten präsentiert. Die in dieser Befragung präsentierte Nachricht ist so in dieser Form nicht wirklich in der Presse veröffentlicht worden. Diese Nachricht wurde von uns verwendet, um etwas über Ihre Meinung zu Geschehnissen dieser Art zu erfahren.

Wenn Sie noch etwas zu der Studie oder dem Fragebogen anmerken möchten, können Sie das hier tun.

Anhang: Codebuch

Besorgnisse und Ängste aufgrund gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen	XX
Antizipierte wirtschaftliche Belastungen und Einschränkungen	XX
Besorgnisse im Zusammenhang mit Ukraine-Krieg.....	XX
Ausmaß der Zufriedenheit mit der deutschen Demokratie	XXI
Einstellungen gegenüber der Demokratie	XXI
Systemvertrauen	XXI
Vertrauen in internationale Institutionen	XXII
(In)Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger	XXII
Kollektive Marginalisierung	XXII
Politische Orientierung (Sonntagsfrage)	XXIII
Unilateralismus/Nationalismus	XXIII
Einstellungen zu politischer Gewalt	XXIII
Verschwörungsmentalität und Akzeptanz von Verschwörungsnarrativen	XXIV
Akzeptanz verschiedener Formen des zivilen Ungehorsams	XXIV
Intoleranz, Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten (Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus)	XXV
Einstellungen gegenüber Muslimen/Islamfeindlichkeit.....	XXV
Einstellungen zu Flüchtlingen und integrationsunterstützenden Maßnahmen	XXV
Experiment: Auswirkungen des Gaza-Krieges auf Kriegsangst und Autokratieakzeptanz.....	XXVI
Israelkritik und israelbezogener Antisemitismus.....	XXVII
Akzeptanz israelkritischen, israelfeindlichen und antisemitischen Protestverhaltens.....	XXVII
Bewertung der UN-Klimakonferenz im Nov/Dez 2023.....	XXVIII
Einstellung zu Klimaschutzbemühungen und Einschätzungen des Klimawandels	XXVIII
Art und Ausmaß des Nachrichtenkonsums	XXVIII
Soziodemografie.....	XXIX
Regionale Herkunft.....	XXX

Dieses Codebuch beschreibt die Daten der fünften Welle der Befragungsstudie „*Menschen in Deutschland: International*“ (MiDInt), durchgeführt Ende Oktober 2023. Die erste Spalte gibt den Standort der Variablen im Fragebogen an (bspw. F1_1 = Frage 1_Item 1). In der zweiten Spalte ist der entsprechende Variablenname angegeben. Die dritte Spalte enthält die Formulierungen der Fragen und einzelnen Items sowie der Antwortkategorien.

Besorgnisse und Ängste aufgrund gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen

Inwieweit sind Sie über die folgenden Herausforderungen und deren mögliche Auswirkungen besorgt?

F1_1	sorge7	Die Folgen des Klimawandels für unseren Alltag.
F1_2	sorge10	Das Ausmaß des Zuzugs von Flüchtlingen in unser Land.
F1_3	sorge21	Dass es bei uns zu rechtsextremistischen Anschlägen kommen könnte.
F1_4	sorge18	Dass es in Deutschland zu einem Krieg kommen könnte.
F1_5	sorge14	Dass die Preise weiter steigen könnten.
F1_6	sorge19	Dass es bei uns zu islamistischen Anschlägen kommen könnte.
F1_7	sorge22	Dass es bei uns zu linksextremistischen Anschlägen kommen könnte.

(1) besorgt mich gar nicht
(2) besorgt mich kaum
(3) besorgt mich etwas
(4) besorgt mich sehr

Antizipierte wirtschaftliche Belastungen und Einschränkungen

Wenn Sie nun an die möglichen Entwicklungen in den nächsten 6 Monaten denken: Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass bei Ihnen persönlich in den nächsten 6 Monaten folgende Dinge passieren?

Dass ich ...

F2_1	infla1	... meine Miete nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...
F2_2	infla2	... Heizung und Strom nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...
F2_3	infla3	... mich beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln einschränken muss, halte ich für ...
F2_4	infla6	... meinen Arbeitsplatz verliere, halte ich für ...

(1) sehr unwahrscheinlich
(2) unwahrscheinlich
(3) wahrscheinlich
(4) sehr wahrscheinlich

Besorgnisse im Zusammenhang mit Ukraine-Krieg

Seit Beginn des Ukraine-Krieges wird in Politik und Medien diskutiert, welche Auswirkungen dieser Krieg auf das Leben der Menschen in Deutschland und anderen Teilen der Welt haben könnte.

Bitte geben Sie an, wie sehr folgende Dinge ihnen Sorgen bereiten.

F3_1	ukraine5	Dass Russland einen militärischen Angriff auf Deutschland starten könnte, ...
F3_2	ukraine6	Dass Russland Anschläge auf Einrichtungen in Deutschland durchführen könnte, ...
F3_3	ukraine9	Dass es in Europa zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen könnte, ...

(1) besorgt mich gar nicht
(2) besorgt mich kaum
(3) besorgt mich etwas
(4) besorgt mich sehr

Ausmaß der Zufriedenheit mit der deutschen Demokratie

Bitte geben Sie an, wie zufrieden Sie mit der Demokratie sind, wie wir sie aktuell in Deutschland haben.

- F4_1 demo1 Mit der Demokratie, wie wir sie derzeit in Deutschland haben, bin ich ...
- (1) sehr unzufrieden
 - (2) eher unzufrieden
 - (3) eher zufrieden
 - (4) sehr zufrieden

Einstellungen gegenüber der Demokratie

Menschen haben unterschiedliche Meinungen zu Demokratie. Wie ist das mit Ihnen? Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

- F5_1 polo1 Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in Deutschland haben.
- F5_2 polo12 Die Demokratie gehört eigentlich abgeschafft.
- F5_3 polo8 Die parlamentarische Demokratie ist noch immer die beste Staatsform.
- F5_4 polo11 Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen.
- F5_5 polo15 Für eine funktionierende Demokratie ist es wichtig, dass es eine Vielfalt von politischen Parteien gibt.
- F5_6 polo13 Die Demokratie, so wie wir sie heute in Deutschland haben, ist eine gute Sache.
- F5_7 polo14 Ich mache mir Sorgen um die Zukunft unserer Demokratie.
- (1) stimme gar nicht zu
 - (2) stimme eher nicht zu
 - (3) stimme eher zu
 - (4) stimme völlig zu

Systemvertrauen

Bitte geben Sie nun an, wie viel Vertrauen Sie in die folgenden Einrichtungen in Deutschland haben.

*Die 1 steht dabei für „überhaupt kein Vertrauen“ und 6 bedeutet „volles Vertrauen“.
Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.*

Wieviel Vertrauen haben Sie in ...

- F6_1 systv1 ... die Gerichte?
- F6_2 systv2 ... die Polizei?
- F6_3 systv3 ... die politischen Parteien?
- F6_4 systv4 ... die Regierung?
- F6_5 systv5 ... die Behörden?
- F6_6 systv6 ... öffentlich-rechtliche Medien?
- (1) 1 überhaupt kein Vertrauen
 - (2) 2
 - (3) 3
 - (4) 4
 - (5) 5
 - (6) 6 volles Vertrauen

Vertrauen in internationale Institutionen

Und wieviel Vertrauen haben Sie in die folgenden internationalen Organisationen?

Die 1 steht dabei für „überhaupt kein Vertrauen“ und 6 bedeutet „volles Vertrauen“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Wieviel Vertrauen haben Sie in ...

F7_1	int1	... den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag
F7_2	int2	... den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg
F7_3	int3	... die Europäische Union
F7_4	int4	... die NATO
F7_5	int5	... die UNO

(1) 1 überhaupt kein Vertrauen

(2) 2

(3) 3

(4) 4

(5) 5

(6) 6 volles Vertrauen

(In)Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger

Für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und Probleme sind unter anderem Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zuständig. Wie schätzen Sie deren Handeln im Allgemeinen ein? Geben Sie bitte an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

Die Entscheidungsträger in unserem Land ...

F8_1	inkomp1	... sind an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert.
F8_2	inkomp2	... sind unfähig, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen.
F8_3	inkomp3	... handeln oft gegen die Interessen der Bevölkerung.
F8_4	inkomp4	... reden bloß und lösen die Probleme nicht.
F8_5	inkomp8	... handeln oft, ohne sich vorher ausreichend informiert zu haben

(1) stimme gar nicht zu

(2) stimme eher nicht zu

(3) stimme eher zu

(4) stimme völlig zu

Kollektive Marginalisierung

Manche Menschen haben hier bei uns in Deutschland Situationen erlebt, in denen sie selbst oder Menschen aus der Bevölkerungsgruppe, der sie angehören, schlecht behandelt oder benachteiligt wurden. Wie ist das bei Ihnen? In welchem Maß stimmen Sie den nachfolgenden Aussagen zu?

Hier bei uns werden Menschen wie ich ...

F9_1	marg1	... für ihre Leistungen nicht gewürdigt.
F9_2	marg2	... daran gehindert, im Leben voranzukommen.
F9_3	marg3	... von anderen oft geringgeschätzt.
F9_4	marg5	... bei Sozialleistungen benachteiligt.
F9_5	marg6	... von Behörden respektlos behandelt.
F9_6	marg7	... von den Politikern nicht ernst genommen.
F9_7	marg8	... von der Polizei unfair behandelt.
F9_8	marg9	... von den Gerichten ungerecht beurteilt.
F9_9	marg10	... mit ihren Problemen von den Medien ignoriert.

(1) stimme gar nicht zu

(2) stimme eher nicht zu

(3) stimme eher zu

(4) stimme völlig zu

Politische Orientierung (Sonntagsfrage)

F10	partei	Welche Partei würden Sie am ehesten wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre? <i>Bitte antworten Sie auch, wenn Sie nicht wahlberechtigt sind. Bitte geben Sie nur eine Partei an!</i> (1) CDU/CSU (2) SPD (3) Bündnis 90/Die Grünen (4) FDP (5) Die Linke (6) AfD
F10_txt	partei_s	(7) Eine andere Partei, nämlich: (enthält Mehrfachnennungen) (8) Ich würde nicht wählen.

Unilateralismus/Nationalismus

Nun einige Fragen zu den Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Ländern. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

F11_1	natio1	Deutschland sollte die Einfuhr ausländischer Produkte beschränken, um seine eigene Wirtschaft zu schützen.
F11_2	natio3	Deutschland sollte seine eigenen Interessen verfolgen, selbst wenn dies zu Konflikten mit anderen Ländern führt.
F11_3	natio10	Die Politik in Deutschland sollte sich mehr um die eigenen Bürger kümmern und weniger um andere Länder.
F11_4	natio11	Bei staatlichen Aufträgen sollten bei uns deutsche Firmen bevorzugt werden.
F11_5	natio12	Deutschland sollte sich nur international engagieren, wenn das vorteilhaft für uns ist.
F11_6	natio13	Deutschland sollte seine eigene Politik machen, auch wenn andere Länder das anders sehen.
F11_7	natio14	Deutschland sollte aus der EU austreten, damit wir unsere eigenen Interessen besser verfolgen können.
F11_8	natio15	Deutschland sollte seine jungen Menschen besser ausbilden, bevor ausländische Fachkräfte angeworben werden. (1) stimme gar nicht zu (2) stimme eher nicht zu (3) stimme eher zu (4) stimme völlig zu

Einstellungen zu politischer Gewalt

Nun folgen einige Aussagen zur Rolle von Gewalt in einer demokratischen Gesellschaft. Manche Menschen stimmen den nachfolgenden Aussagen zu, manche Menschen lehnen diese Aussagen ab. Wie ist das bei Ihnen?

F12_1	polgew1	In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.
F12_2	polgew3	Die notwendigen Veränderungen in dieser Gesellschaft können nur durch eine gewaltsame Revolution herbeigeführt werden.
F12_3	polgew4	Manchmal muss man sich gegen die Vertreter des Systems mit Gewalt zur Wehr setzen.
F12_4	polgew5	Auch in einer Demokratie ist es manchmal notwendig Gewalt anzuwenden, um seine politischen Ziele durchzusetzen.
F12_5	polgew7	Sachbeschädigung ist bei der Durchsetzung von politischen Zielen gerechtfertigt.
F12_6	polgew8	Gewalt gegen Personen ist bei der Durchsetzung von politischen Zielen gerechtfertigt.
F12_7	polgew9	Wenn es darum geht die Erderwärmung aufzuhalten, ist die Ausübung von Gewalt berechtigt. (1) stimme gar nicht zu (2) stimme eher nicht zu (3) stimme eher zu (4) stimme völlig zu

Verschwörungsmentalität und Akzeptanz von Verschwörungsnarrativen

Jetzt geht es darum, wie bei uns in Deutschland politische Entscheidungen beeinflusst. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

- | | | |
|-------|----------|--|
| F13_1 | conspi2 | Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. |
| F13_2 | conspi4 | Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte. |
| F13_3 | conspi10 | Politische Entscheidungen werden in Wirklichkeit durch Banken und Großunternehmen bestimmt. |
| F13_4 | conspi5 | Studien, die einen Klimawandel belegen, sind meist gefälscht. |
| F13_5 | conspi6 | Medien und Politik stecken unter einer Decke.
(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu |

Akzeptanz verschiedener Formen des zivilen Ungehorsams

Bei uns kommt es immer wieder vor, dass Menschen mit der Politik unzufrieden sind und protestieren. Bitte geben Sie an, wie Sie die folgenden Verhaltensweisen bewerten.

Die Antwortmöglichkeiten reichen von -3 (so etwas finde ich völlig falsch) bis zu +3 (so etwas finde ich völlig richtig). Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

- | | | |
|--------|-----------|---|
| F14_1 | protest1 | An einer Demonstration teilnehmen, obwohl diese vom Gericht verboten wurde. |
| F14_2 | protest2 | Aus politischen Gründen ein öffentliches Gebäude besetzen. |
| F14_3 | protest3 | Sich nachts vor dem Haus eines Politikers versammeln und diesen laut beschimpfen. |
| F14_4 | protest4 | Politiker anonym im Internet mit Gewalt bedrohen. |
| F14_5 | protest6 | Den Straßenverkehr zu blockieren, um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu fordern. |
| F14_6 | protest7 | Sich an einem Baum festketten, um ein Bauvorhaben zu verhindern. |
| F14_7 | protest8 | Bei einer Demonstration Polizeibeamte mit Steinen bewerfen. |
| F14_8 | protest9 | Aus Protest öffentlich eine Staatsflagge verbrennen. |
| F14_9 | protest10 | Protestparolen mit Farbe auf Gebäude oder Fassaden sprühen. |
| F14_10 | protest11 | Aus Protest öffentlich den Koran verbrennen.
(1) -3 finde ich völlig falsch
(2) -2
(3) -1
(4) 0
(5) 1
(6) 2
(7) 3 finde ich völlig richtig |

Intoleranz, Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten (Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus)

Im Folgenden geht es um Ihre Meinung zum Zusammenleben von Menschen verschiedener Länder und Kulturen in Deutschland. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

- | | | |
|--------|---------|--|
| F15_1 | auslf3 | Die Vermischung so vieler Menschen verschiedener Kulturen in Deutschland kann nicht gut gehen. |
| F15_2 | antsem5 | Juden sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland. |
| F15_3 | auslf2 | Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland. |
| F15_4 | antsem2 | Juden kann man nicht trauen. |
| F15_5 | auslf5 | Ausländer bereichern Deutschland durch neue Ideen und Kulturen. |
| F15_6 | antsem1 | Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss. |
| F15_7 | auslf1 | Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen. |
| F15_8 | auslf6 | Ausländer haben in Deutschland zu viel Einfluss. |
| F15_9 | auslf7 | Ausländern kann man nicht trauen. |
| F15_10 | antsem8 | Es gibt zu viele Juden in Deutschland. |
- (1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Einstellungen gegenüber Muslimen/Islamfeindlichkeit

In Deutschland leben inzwischen viele Menschen muslimischen Glaubens aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

- | | | |
|-------|---------|--|
| F16_1 | islamf1 | Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land. |
| F16_2 | islamf2 | Muslime sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland. |
| F16_3 | islamf3 | Es gibt zu viele Muslime in Deutschland. |
| F16_4 | islamf4 | Muslime haben in Deutschland zu viel Einfluss. |
| F16_5 | islamf5 | Muslime passen nicht so recht zu uns. |
| F16_6 | islamf6 | Muslimen kann man nicht trauen. |
- (1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Einstellungen zu Flüchtlingen und integrationsunterstützenden Maßnahmen

Bitte geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen über die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland zustimmen.

- | | | |
|-------|---------|--|
| F17_1 | flucht1 | Wir sollten in Deutschland keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen. |
| F17_2 | flucht2 | Schul- und Berufsabschlüsse von Flüchtlingen sollten in Deutschland unbürokratischer anerkannt werden. |
| F17_3 | flucht3 | Flüchtlinge bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte in Deutschland. |
| F17_4 | flucht4 | Nach Deutschland geflüchtete Menschen sollten schneller bei uns eingebürgert werden. |
| F17_5 | flucht5 | Durch die Zuwanderung von Flüchtlingen kommen vor allem mehr Gewalttäter in unser Land. |
| F17_6 | flucht6 | Ich fände es gut, wenn in meiner Nachbarschaft Wohnraum für geflüchtete Menschen zur Verfügung gestellt würde. |
| F17_7 | flucht7 | Flüchtlinge, die hier leben, schaden unserer Wirtschaft mehr, als dass sie nutzen. |
| F17_8 | flucht8 | Flüchtlinge sollten so schnell wie möglich die Erlaubnis erhalten, hier zu arbeiten. |
- (1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Experiment: Auswirkungen des Gaza-Krieges auf Kriegsangst und Autokratieakzeptanz

Vor 18	Exgruppe9	(1) Split 1 (Gruppe 1) (2) Split 2 (Gruppe 2) (3) Split 3 (Gruppe 3) (4) Split 4 (Gruppe 4)
	Split 1	Nachricht: Nach Terrorangriffen der radikal-islamistischen Hamas auf Israel Anfang Oktober 2023 gab es nach wenigen Tagen bereits mehr als tausend Tote und über dreitausend Verletzte unter der israelischen Zivilbevölkerung. Die militärischen Gegenschläge Israels forderten tausende Tote und Verletzte unter den Palästinensern im Gaza-Streifen. Als Reaktion auf die Angriffe der Hamas erklärte die Bundesregierung, dass sie fest an der Seite Israels steht und dem Land alle erforderliche Unterstützung zukommen lassen wird. Von Seiten mehrerer unabhängiger Forschungsinstitute wurde nachdrücklich davor gewarnt, dass sich dieser Krieg sehr schnell ausweiten könnte, mit massiven Folgen auch für Deutschland. <i>danach Frage 18 und 19</i>
	Split 2	Nachricht: Nach Terrorangriffen der radikal-islamistischen Hamas auf Israel Anfang Oktober 2023 gab es nach wenigen Tagen bereits mehr als tausend Tote und über dreitausend Verletzte unter der israelischen Zivilbevölkerung. Die militärischen Gegenschläge Israels forderten tausende Tote und Verletzte unter den Palästinensern im Gaza-Streifen. Als Reaktion auf die Angriffe der Hamas erklärte die Bundesregierung, dass sie fest an der Seite Israels steht und dem Land alle erforderliche Unterstützung zukommen lassen wird. Von Seiten mehrerer unabhängiger Forschungsinstitute wurde nachdrücklich davor gewarnt, dass sich dieser Krieg sehr schnell ausweiten könnte, mit massiven Folgen auch für Deutschland. Danach nur Frage 19
	Split 3	Keine Nachricht, direkt Frage 18 und 19
	Split 4	Keine Nachricht direkt nur Frage 19

Kriegsangst

Zur Zeit wird in Politik und Medien diskutiert, welche Auswirkungen der Krieg im Nahen Osten auf das Leben der Menschen in Deutschland und anderen Teilen der Welt haben könnte. Bitte geben Sie an, wie viel Angst Ihnen folgende Entwicklungen machen. (*Split 1 und 3*)

F18_1	kriegex1	Dass es zu einer Ausweitung des Konflikts im Nahen Osten auf andere Länder kommt, macht mir...
F18_2	kriegex2	Dass Deutschland zu viel Geld für die militärische Unterstützung Israels ausgibt, macht mir ...
F18_3	kriegex3	Dass Deutschland in die kriegerischen Konflikte hineingezogen wird, macht mir ...
F18_4	kriegex4	Dass es zum Einsatz der Bundeswehr in Israel kommt, macht mir ...
F18_5	kriegex5	Dass Unterstützer Hamas Anschläge in Deutschland durchführen, macht mir ...
F18_6	kriegex6	Dass es zu einem Einsatz von Atomwaffen kommt, der auch Auswirkungen auf uns hat, macht mir ... (1) keine Angst (2) etwas Angst (3) große Angst (4) sehr große Angst

Autokratieakzeptanz

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zur Politik in Deutschland zustimmen. (Split 1-4)

- | | | |
|-------|----------|---|
| F19_1 | prodex1 | Im Interesse einer starken politischen Führung in Deutschland sollte der Bundestag aktuell weniger Einfluss haben. |
| F19_2 | prodex2 | Im nationalen Interesse wäre in der aktuellen Lage eine Diktatur die bessere Staatsform. |
| F19_3 | prodex7 | In der aktuellen Lage darf die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte eingeschränkt werden. |
| F19_4 | prodex5 | Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt können wir uns aktuell nicht leisten. |
| F19_5 | prodex6 | Aufgrund der aktuellen Lage sollte der Staat einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert. |
| F19_6 | prodex9 | Aktuell sollten sich Journalisten mit Kritik an Politikern, die Probleme aktiv anpacken, zurückhalten. |
| F19_7 | prodex10 | Was Deutschland heute braucht, ist eine einzige starke Partei, die das Land regiert. |
- (1) stimme gar nicht zu
(2) stimmt eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Israelkritik und israelbezogener Antisemitismus

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

- | | | |
|-------|-----------|--|
| F20_1 | antisem9 | Die Siedlungspolitik Israels im Westjordanland verletzt internationale Abkommen. |
| F20_2 | antisem10 | Den Juden hätte es nie erlaubt werden sollen, einen eigenen Staat Israel zu gründen. |
| F20_3 | antisem11 | Der Beschuss palästinensischer Wohngebiete ist eine berechtigte Form der Selbstverteidigung Israels. |
| F20_4 | antisem7 | Juden sorgen immer für Unfrieden. |
- (1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Akzeptanz israelkritischen, israelfeindlichen und antisemitischen Protestverhaltens

Wegen der Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern ist es auch in Deutschland zu Protesten gekommen. Bitte geben Sie an, in welchem Maße Sie die folgenden Forderungen und Verhaltensweisen richtig oder falsch finden.

Die Antwortmöglichkeiten reichen von -3 (so etwas finde ich völlig falsch“ bis zu +3 (so etwas finde ich völlig richtig). Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

- | | | |
|-------|-----------|---|
| F21_1 | protest12 | Zu fordern, dass Israel sich aus den besetzten Gebieten zurückzieht, ... |
| F21_2 | protest13 | Während einer Demonstration „Tod den Juden“ zu rufen, ... |
| F21_3 | protest14 | Während einer Demonstration „Tod Israel“ zu rufen, ... |
| F21_4 | protest15 | Das Verbrennen einer Flagge des Staates Israel bei einer Demonstration, ... |
| F21_5 | protest16 | Ein Boykott israelischer Produkte aus dem Westjordanland, ... |
| F21_6 | protest17 | Die Zahlung von Entwicklungshilfe für die palästinensischen Gebiete zu beenden, ... |
- (1) -3 finde ich völlig falsch
(2) -2
(3) -1
(4) 0
(5) 1
(6) 2
(7) 3 finde ich völlig richtig

Bewertung der UN-Klimakonferenz im Nov/Dez 2023

Ende November findet in Dubai die nächste Weltklimakonferenz statt. Wie ist Ihre Meinung dazu? Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

F22_1	klikon1	Diese Konferenz ist sehr wichtig, damit endlich alle Länder der Welt wirklich etwas gegen den Klimawandel tun.
F22_2	klikon2	Klimakonferenzen halte ich für sinnlos, da wird nur geredet und nachher passiert sowieso nichts.
F22_3	klikon3	Die Konferenz ist sehr wichtig, damit die ärmeren Länder Ausgleichszahlungen für eingetretene Klimaschäden einfordern können.
F22_4	klikon4	Die Konferenz ist überflüssig, da es einen Klimawandel gar nicht gibt.
F22_5	klikon5	Diese Konferenz ist sinnvoll, weil dadurch die Politik dem Klimawandel mehr Aufmerksamkeit schenkt und das Problem ernsthaft angeht.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Einstellung zu Klimaschutzmaßnahmen und Einschätzungen des Klimawandels

Ende November findet in Dubai die nächste Weltklimakonferenz statt. Wie ist Ihre Meinung dazu? Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

F23_1	kliwa1	Wir müssen schnell etwas gegen den Klimawandel tun, weil es sonst bald endgültig zu spät ist.
F23_2	kliwa2	Klimaschutzmaßnahmen sind in Wirklichkeit gar nicht so wichtig, wie viele behaupten.
F23_3	kliwa3	Der Klimawandel muss aufgehalten werden, damit unsere Kinder und Enkel eine lebenswerte Zukunft haben.
F23_4	kliwa4	Wir müssen hier und heute Maßnahmen gegen den Klimawandel treffen, um den Anstieg des Meeresspiegels aufzuhalten.
F23_5	kliwa5	Wir alle sind verpflichtet uns einzuschränken, damit Klimaschutz erfolgreich sein kann.
F23_6	kliwa6	Es ist nötig Klimaschutzmaßnahmen zu verstärken, damit es weniger Dürren oder Überschwemmungen auf der Welt gibt.
F23_7	kliwa7	Die Umsetzung wirksamer Maßnahmen zum Klimaschutz gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Menschheit.
F23_8	kliwa8	Bevor wir Maßnahmen zum Klimaschutz umsetzen, sollten wichtigere Probleme gelöst werden.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Art und Ausmaß des Nachrichtenkonsums

Menschen informieren sich über Dinge, die in der Welt passieren, meistens aus den Nachrichten. Wie ist das bei Ihnen? Bitte geben Sie an, wie viele Minuten pro Tag Sie ungefähr damit verbringen, Nachrichten in den folgenden Medien zu sehen, zu hören oder zu lesen.

F24_1	newsrad	Nachrichten im Radio ca. ____ Minuten pro Tag
F24_2	newstv	Nachrichten im Fernsehen ca. ____ Minuten pro Tag
F24_3	newszeit	Nachrichten in Zeitungen ca. ____ Minuten pro Tag
F24_4	newssozm	Nachrichten in sozialen Medien ca. ____ Minuten pro Tag

Soziodemografie

F25	schab4	Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie? (1) Abitur oder Hochschulreife (z.B. erweiterte Oberschule (EOS), Fachoberschule) (2) Mittlere Reife (z.B. Realschule, Polytechnische Oberschule (POS)) (3) Haupt- oder Volksschule (4) Keinen Abschluss
F26	berab3	Welchen höchsten beruflichen Abschluss haben Sie? (1) zur Zeit in beruflicher Ausbildung (Student/in, Lehre, AZUBI, BVJ, Praktikant/in) (2) Lehre (beruflich/betriebliche Ausbildung) (3) Fachschule (Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Fachakademie) (4) Fachhochschule, Ingenieurschule (5) Universität oder Hochschule
F26_txt	berab_s	(6) Einen anderen Ausbildungsabschluss, nämlich: (7) keinen beruflichen Abschluss
F27	zugew	Sind Sie oder Ihre Eltern nach Deutschland zugewandert? (1) Ja, ich selbst (2) Ja, meine Eltern (beide Eltern oder ein Elternteil) (3) Nein, weder meine Eltern noch ich selbst
F28	ddr	Lebten Sie oder Ihre Eltern im Jahr 1989 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR? (1) Ja, ich selbst (2) Ja, meine Eltern (beide Eltern oder ein Elternteil) (3) Ja, sowohl meine Eltern (beider Eltern oder ein Elternteil) als auch ich selbst (4) Nein, weder meine Eltern noch ich selbst
F29	nation	Welche Staatsangehörigkeit haben Sie? Bitte machen Sie hier nur eine Angabe. (1) Ich habe nur die deutsche Staatsangehörigkeit (2) Ich habe sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit (3) Ich habe nur eine ausländische Staatsangehörigkeit. Seit wie vielen Jahren leben Sie in Deutschland?
F30_1	sgebnd	Seit meiner Geburt
F30_2	jahreind	Seit etwa ____ Jahren
F31	geschl	Welches Geschlecht haben Sie? (1) Männlich (2) Weiblich (3) Divers
F32	alter	Bitte geben Sie Ihr Alter in Jahren an.
F33	religion	Bitte geben Sie an, welcher Religion Sie angehören oder sich am ehesten zugehörig fühlen. (1) Einer christlichen Religion (z.B. Protestanten, Katholiken, Orthodoxe, evangelisch-freikirchliche Christen) (2) Einer islamischen Religion (z.B. Sunniten, Schiiten, Aleviten, Ahmadi) (3) Einer anderen Religion (z.B. Juden, Buddhisten, Hinduisten) (4) Keiner Religion

- F34 finanz **Wie gut kommen Sie mit dem Geld zurecht, das Ihnen im Monat zur Verfügung steht?**
- (1) sehr schlecht
 - (2) 2
 - (3) 3
 - (4) 4
 - (5) 5
 - (6) 6
 - (7) 7
 - (8) 8
 - (9) 9
 - (10) sehr gut

- F35 sozihilfs **Erhalten Sie Arbeitslosengeld oder staatliche Unterstützung (z.B. Bürgergeld, Hartz IV oder Sozialhilfe)?**
- (0) Nein
 - (1) Ja

Regionale Herkunft

- F36 bland **In welchem Bundesland leben Sie zur Zeit?**
- (1) Baden-Württemberg
 - (2) Bayern
 - (3) Berlin
 - (4) Brandenburg
 - (5) Bremen
 - (6) Hamburg
 - (7) Hessen
 - (8) Mecklenburg-Vorpommern
 - (9) Niedersachsen
 - (10) Nordrhein-Westfalen
 - (11) Rheinland-Pfalz
 - (12) Saarland
 - (13) Sachsen
 - (14) Sachsen-Anhalt
 - (15) Schleswig-Holstein
 - (16) Thüringen
- F37 ort **Wie viele Einwohner hat der Ort, in dem Sie zur Zeit leben ungefähr?**
- (1) weniger als 50.000 Einwohner
 - (2) mindestens 50.000 aber weniger als 100.000 Einwohner
 - (3) mindestens 100.000 aber weniger als 500.000 Einwohner
 - (4) mindestens 500.000 Einwohner



Photo by UHH/RRZ/Mentz

Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg